

**Zeitschrift für
anwendungs-
bezogene
Wissenschaft
und Kunst**

Die neue Hochschule

**NRW: Universitäre
Obergutachter bei
Hausberufungen.
Kuntze konstatiert
Widersprüch-
liches**

**CDU und Schily:
Entbeamtung und
Zeitstellen für
Professoren**

**44. FRK-Plenum:
Neuweiler
(Wissenschafts-
rat) plädiert für
Doktor (FH)**

**Universitäten und
Fachhochschulen
vereint und
fraktioniert
(Leitartikel)**

**Evaluierung:
Gewinn für alle?**



EIN GERÄT ZUM LEHREN - EIN GERÄT ZUM LERNEN.

Hochentwickelt, trotzdem einfach in der Handhabung. Der leistungsfähige Graphikrechner **TI-85** ist so konstruiert, daß er den Lehrern das Lehren, den Schülern und Studenten das Lernen erleichtert. Entwickelt mit Hilfe führender Mathematiker und Pädagogen, ist er prädestiniert, Erfahrungen im Mathematikunterricht zu erweitern.

Der **TI-85** zeichnet bis zu 99 polare Gleichungen und ein System von neun Differentialgleichungen erster Ordnung auf, analysiert und speichert sie. Mathematische Probleme werden sowohl numerisch als auch graphisch gelöst. Zusätzlich bietet der **TI-85** ein Lösungsprogramm für eine Gleichung, Matrizendimensionen können bis zu 255×10 oder 50×50 betragen und er besitzt einen Speicher von 32K Byte.

Ein Transferkabel ermöglicht die Übertragung von Daten und Programmen zu einem anderen **TI-85**. Zusätzliche Software ermöglicht das Speichern von Daten in einem IBM-kompatiblen oder Macintosh-Computer, das Eingeben von Programmen und das Drucken von Graphen oder Programmen. Mit dem **TI-85 ViewScreen**, der Variante für den Overhead-Projektor, läßt sich jede Anzeige gut sichtbar für alle Anwesenden groß an die Wand projizieren.

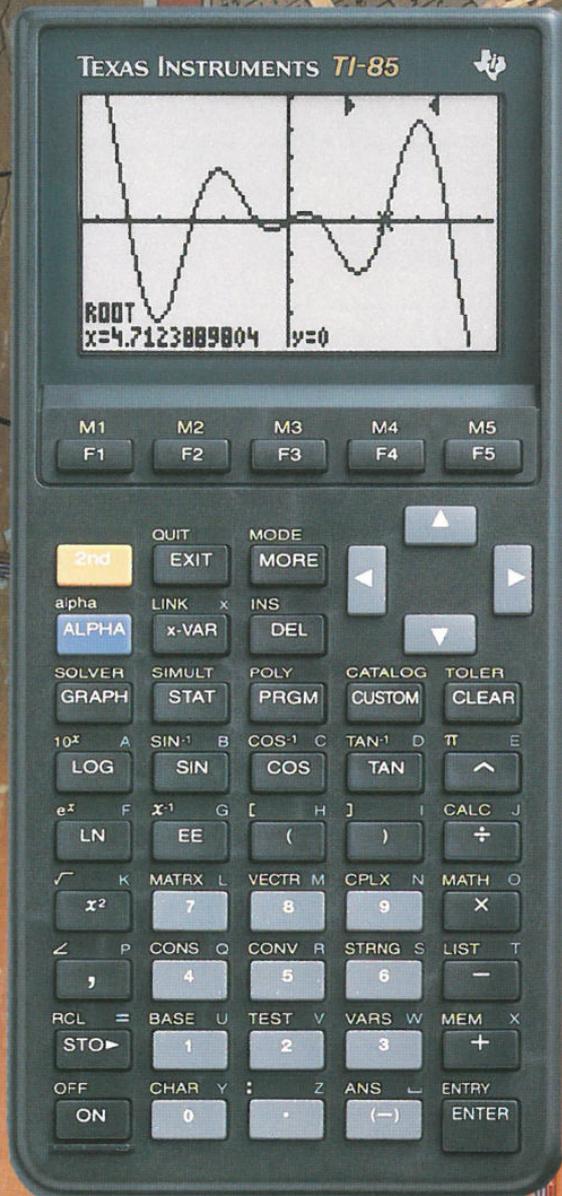
Wir helfen Ihnen, den Lernenden zu helfen!

Wir unterstützen Sie dabei, Ihren Schülern eine völlig neue Sichtweise mathematischer Probleme zu vermitteln.

Sind Sie interessiert? Rufen Sie an oder schreiben Sie uns!

Texas Instruments Deutschland GmbH
Abteilung ECD, Kennwort 85 NH
85350 Freising
Tel: 0 81 61 / 80-48 46

 **TEXAS
INSTRUMENTS**



Herausgeber: Professor Günther Edler (G. E.), Büschgensstr. 24, 41239 Mönchengladbach, Telefon und Telefax: (021 66) 34 03 55

Verantwortlich für Buchbesprechungen: Prof. Dr. Rainer Walden, Rochusweg 1, 33129 Delbrück, (052 50) 75 19

Redaktion: Helmut Sendner

Resch-Media Mail Verlag GmbH,
Postfach 12 60, 82154 Gräfelfing, (089) 8 58 07-41, Telefax (089) 8 58 07-62

Anzeigenleitung: Gisela Ender,
Telefon (089) 8 58 07-26

Band 34, Heft 6, Dezember 1993

DIE NEUE HOCHSCHULE ist die vom Hochschullehrerbund e. V. (*hlb*) unterhaltene Verbandszeitschrift (§ 13 Abs. 4 der Satzung). Verbands offiziell sind nur die vom Präsidenten oder dem Pressesprecher gezeichneten Beiträge. Alle anderen Beiträge, auch die des Herausgebers, geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder; sie entsprechen daher nicht unbedingt der Auffassung der Organe des Hochschullehrerbundes e. V. – Bundesvereinigung.

Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis: Jahresabonnement DM 75,- (Ausland: DM 78,-), Doppelheft DM 20,-

Bezugsaufträge für die DNH werden für ein Jahr abgeschlossen und laufen weiter, wenn sie nicht 6 Wochen vor Schluß der Laufzeit gekündigt werden.

Erfüllungs- und Zahlungsort Gräfelfing, Gerichtsstand München

Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstraße 5, 80798 München

Inhalt:

<i>hlb</i> aktuell	4
Editorial	5
Werner Kuntze: Widersprüchliches in Nordrhein-Westfalen	5
Offener Brief: Wider die Diskriminierung von Hausbewerbern!	6
Das vorvorletzte FRK-Plenum	8
Klaus Watzka: Evaluierung von Lehr- veranstaltungen	12
Informationen und Berichte	15-18
Buchbesprechungen	19/20
Personalien	21
Meldungen	21/22

Titelbild:

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden war der Gastgeber des 44. FRK-Plenums

Hochschullehrerbund e. V.

Rüngsdorfer Straße 4c, 53173 Bonn
(02 28) 35 22 71, Telefax (02 28) 35 45 12
Geschäftsführer: Dr. Hubert Mücke

DIE NEUE HOCHSCHULE

Jetzt rudern sie in einem Boot – wohin?

Die Hochschulrektorenkonferenz hat am 8. November ihre Satzung geändert. Künftig sollen die Fachhochschulen ihre Interessen nur noch innerhalb der HRK vertreten. Dafür erhalten sie ab Jahresbeginn 1994 im Senat 16 (bisher 3) und im Plenum 36 (bisher 16) Stimmen. Alle Universitäten behalten im Plenum ihre Sitze, in den Senat werden sie 33 Vertreter entsenden. Das Präsidium wird erweitert: Künftig wird es neben dem Präsidenten sieben (bisher fünf) Vizepräsidenten geben. Die Fachhochschulen können mit zwei statt bisher einem Vizepräsidenten rechnen – sicher ist ihnen aber nur der zum Sprecher der Mitgliedergruppe „Fachhochschulen“ gewählte.

HRK und FRK fusionieren nicht; die FRK löst sich vielmehr auf. Deren Fachhochschulen waren bisher schon HRK-Mitglieder mit allen Pflichten, aber weit überwiegend ohne Rechte. Weitere 20 Fachhochschulen erhalten Stimmrecht im Plenum; 13 zusätzliche kommen in den Senat. Für die Masse der Fachhochschulen ändert sich also nichts. In den Terminen der FRK gesprochen, zieht deren Länderausschuß in den Senat um, und das bisherige FRK-Plenum wird zur HRK-Mitgliedergruppe „nach § 4 Abs. 1 Anlage 2“.

Die FH-Mitgliedergruppe wird sich – ebenso wie die Gruppe der Universitäten – mindestens einmal im Jahr versammeln. Damit entstehen Fraktionen, die aber nur HRK-intern wirksam werden sollen. Allein der Präsident soll im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit über die Beschlüsse der FH-Fraktion unterrichten, sofern Senat oder Plenum sich diese nicht zu eigen machen.

Sonst ändert sich nicht viel. Die Universitäten behalten eine auskömmliche Mehrheit in allen Organen der HRK; ein Präsident aus den Reihen der FH-Rektoren und -Präsidenten ist nicht ausgeschlossen, aber noch undenkbar. Durch die neue Ordnung gestärkt wird das Präsidium, weil schon der Senat mit nunmehr über 50 Mitgliedern die arbeitsfähige Größe weit überschritten hat. Somit gewinnen die fünf ständigen Kommissionen an Bedeutung, in denen bisher insgesamt nur neun FH-Mitglieder (von insgesamt 82) mitwirken durften. Bei der Neubesetzung der Kommissionen wird sich zeigen, ob eine verstärkte sachbezogene Mitarbeit der Fachhochschulen zugelassen wird. Ob die vergrößerte Zahl der Sitze auch zu einer stärkeren Präsenz der FH-Rektoren und -Präsidenten führt, ob die größere Quantität in Qualität umschlägt, ist offen. Bisher waren sie im Plenum eher Einzelkämpfer; nun werden Arbeitsteilung und Koordination notwendig und wohl auch zum Problem.

Für diese Satzungsänderung votierte das Plenum knappst, aber einmütig. Alle Beteiligten sehen also Vorteile. Für die FRK gab es offenbar keine gangbaren Alternativen. Nur die HRK, nicht jedoch die FRK verfügt über einen öffentlich finanzierten Apparat (HRK-Jahresetat 1993 knapp 3,6 Mio. DM); Versuche, die FRK auf eigene Füße zu stellen und sie auch mit einem eigenen Publikationsorgan auszustatten, blieben ohne Erfolg. Es ist von demonstrativem Vorteil, daß der eingeschliffenen Differenzierung von Hochschulen und Fachhochschulen nun auch die letzte Basis entzogen ist.

Die Hochschulen sollen nach Auflösung der FRK, also ab 1995, nur noch mit einer Stimme sprechen, und diese kommt aus universitärem Mund. Da werden bestenfalls tragbare und tragfähige Kompromisse herauskommen. Um den Kompromißcharakter zu erkennen, muß die Interessenlage der Fachhochschulen anderenorts mit der gebotenen Klarheit herausgestellt werden. DIE NEUE HOCHSCHULE könnte diese Aufgabe verstärkt wahrnehmen.

(G.E.)

Aus dem hbl-Tagebuch

25. September

Kuntze beim F.D.P.-Landesfachausschuß NRW. „Universität und/oder Fachhochschule“ ist das Thema. Die Beteiligten und Betroffenen befürworten die Umverteilung der Ressourcen in Richtung Fachhochschulen.

5. Oktober

Grille und Kuntze beim Hochschulsymposium der Bertelsmann-Stiftung in Bonn. Über zukunftsweisenden Strukturwandel wollte man reden, Konzepte aber fehlen. Selbsternannte Experten kritisieren die Hochschulen und Hochschullehrer. An der Industrie Wesen könnten wir genesen? Doch nicht in diesem Rechtsrahmen.

7. Oktober

Niedersachsens Innenminister begrüßt unseren Verfahrensvorschlag, wie auch in Zukunft die Pensionierung mit 62 möglich bleiben könnte.

8. Oktober

Baden-Württemberg will Hausberufungen durch Anwendung der Beförderungssperre auf die lange Bank schieben. Wir leisten dem Landesverband Schützenhilfe. Daraufhin weist das Staatsministerium dem Wissenschaftsminister einen Ausweg.

11. Oktober

Grille schreibt an Neuweiler, den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates. Der WR möge bei der Evaluierung der Berufsakademien bedenken: Hier geht es um den Zugang zu öffentlichen Töpfen. Das olympische Streben nach dem „Höher, Weiter, Schneller“ sei gewichen dem „Wer hat das geringste Niveau, kann es kürzer und billiger“.

14. Oktober

Vize Bosman und Mücke bei der Deutschen Kommission für Ingenieurausbildung in Düsseldorf. Die DKI will sich mit „Privaten“ im Hochschulbereich beschäftigen. Diese sind bisher den Nachweis höherer Effektivität schuldig geblieben.

15./16. Oktober

Präsidiumssitzung in Bonn: Die Vorsitzenden der Landesverbände begrüßen als neuen Landesverband den hbl-Sachsen.

18.–20. Oktober

Edler, Grille und Kuntze bei der FRK-Plenarversammlung in Dresden: Eine Institution beschließt ihre Auflösung. Großes Staunen über Neuweilers Forderung nach einer FH-Promotion.



Das geschäftsführende Präsidium 15. 11. 1993 in Bonn: von links SM Godehart, VP Bosmann, P Kuntze, VP Grille und GF Mücke

27. Oktober

Grille referiert in Nürnberg über „Die deutschen Fachhochschulen im Europäischen Binnenmarkt“. Der Zug fährt europäisch in Richtung Gleichstellung der Hochschulen. Grille fordert Konsequenzen zu ziehen, damit die Fachhochschulen nicht abgehängt werden.

28. Oktober

EG-Bildungspolitik an der Fachhochschule Osnabrück. Small talk mit Wissenschaftsministerin Schuchardt, Gespräch mit Köhler: Die GEW für die Öffnung des höheren Dienstes für FH-Absolventen, aber keinerlei Lehrerausbildung an Fachhochschulen. Der Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte soll deren Trennung in FH und Uni beseitigen.

1. November

Kuntze schreibt an Sachsens Staatsminister Meyer: Das Berufs- und Dienstrecht muß bundesweit harmonisiert werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

3. November

Das Gespräch beim Bundeskanzler zur Vorbereitung des Bildungsgipfels wirft seine Schatten voraus. Wir bitten den Kanzler, die Fachhochschulen angemessen zu berücksichtigen. Aus „organisatorischen Gründen“ war das nicht mehr möglich. Diese Ausrede kennt schon jeder FH-Student.

9. November

Stellungnahme des Runden Tisches „Erwartungen“ erscheint. hbl verstärkt durch seine Mitarbeit FH-Akzente.

11. November

„Fachhochschule muß erste Wahl für Studierende und Lehrende werden“. So Kuntze in der Presseerklärung zum Bildungsforum beim Kanzler. (Mücke)

Beamtenstatus: Instrument der Zukunftssicherung

Das Präsidium des Hochschullehrerbundes mißt dem Beamtenstatus für Professorinnen und Professoren ein hohes Gewicht bei, wenn es darum geht, auch in Zukunft qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber aus Wirtschaft und Verwaltung für die Fachhochschulen zu gewinnen. Der hbl macht die Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik darauf aufmerksam, daß die Fachhochschulen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten geschwächt werden, wenn ihr Professoren Nachwuchs nicht mehr im Beamtenverhältnis beschäftigt werden könnte.

Das einzelne Mitglied des Hochschullehrerbundes sei hiervon z. Z. nicht berührt; allerdings Sorge man sich um den Erfolg künftiger Berufungsverfahren. In der gegebenen gesellschaftlichen Situation sei es angebracht, die grundgesetzlich gegebene Freiheit von Lehre und Forschung abzusichern. In der jüngsten Vergangenheit habe der Beamtenstatus eine tragende Rolle gespielt, als es darum ging, in und außerhalb der Hochschulen demokratische Werte und Normen zu verteidigen.

In dem Beschluß heißt es:

„Der mit einer Professur verbundene Beamtenstatus gewährleistet persönliche und sächliche Unabhängigkeit. Er bietet einen Anreiz für hochqualifizierte Personen, sich trotz – im Vergleich zu einer Anstellung in der freien Wirtschaft – materieller Schlechterstellung für eine Tätigkeit als Hochschullehrer zu entscheiden. Die den Professorinnen und Professoren durch den Beamtenstatus gegebene Unabhängigkeit und Sicherheit sind wichtige Voraussetzungen für die Freiheit von Forschung und Lehre.“

Der Beamtenstatus für Professorinnen und Professoren muß deshalb auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben.“

Joachim Metzner, der Vorsitzende der NRW-FH-Rektorenrunde, hat unlängst von der Schwierigkeit gesprochen, die Fachhochschulen zu begreifen.¹ Der auszugsweise abgedruckte Vortrag der KMK-Präsidentin Steffie Schnoor vor der FRK in Dresden (S. 9) belegt dies ebenso eindrucksvoll wie die Ursache für den offenen Brief des nordrhein-westfälischen hlb-Landesverbandes. hlb-Präsident Werner Kuntze konstatiert *Widersprüchliches* in der NRW-FH-Politik (S. 5).

Das 44. war das vorvorletzte FRK-Plenum (S. 8). Nur noch zweimal wird eine solche PR-Veranstaltung stattfinden. Eine Reise nach Dresden wert waren schon die Ausführungen des Wissenschaftsrats-Vorsitzenden Neuweiler, der ungeniert Tabus bricht. Selbst der hlb hatte den Doktor (FH) aus dem Verkehr gezogen – und nun plädiert Neuweiler für einen FH-spezifischen zweiten akademischen Grad (S. 9 f.). Welche Konsequenzen die FRK-Auflösung hat, beleuchtet der Leitartikel *Jetzt rudern sie in einem Boot – wohin?*

Entbeamtung der Hochschullehrer und *Zeitverträge* sind Schlagworte, mit denen von den wesentlichen Verwerfungen der Hochschullandschaft abgelenkt wird. Der hlb sorgt sich um das schwindende akquisitorische Potential der Fachhochschulen (hlab-aktuell); der DHV sorgt sich für seine Klientel ebenfalls. Die CDU will bei Erstberufungen nur noch ausnahmsweise verbeamtet (S. 21). Die Bundesregierung versteckt ihre Absichten hinter der Formel „Aktualisierung des Dienstrechts unter Leistungsgesichtspunkten“ (*Das Basislager*, S. 17). Witten-Herdecke-Präsident Schily will die Hochschulen mit *Professoren-Zeitverträgen* retten (S. 18 und 20).

Dieses Heft ist das letzte, das im Resch-Verlag erscheint. Ab Heft 1/1994 muß der Hochschullehrerbund e.V. DIE NEUE HOCHSCHULE selbst verlegen. Vier hlb-Landesverbände (B, HH, Nds u. SH) bestellen ab und drehen so den Geldhahn zu. Damit endet eine 34jährige bewährte Zusammenarbeit, die im nächsten Heft 1/94 noch zu würdigen ist. An dieser Stelle – vorab – danke ich dem Verleger Dr. Ingo Resch und den Mitarbeiter(inn)en von Verlag und Druckerei herzlich. Ihnen, den Autoren des Jahrgangs 1993 und den Lesern wünsche ich ein gutes 1994! Günther Edler

¹ Das Referat „Die Fachhochschule als Hochschule neuen Typs“ ist zur Veröffentlichung in Heft 1/94 vorgesehen.

Widersprüchliches in Nordrhein-Westfalen

Der nachfolgend abgedruckte offene Brief des Landesvorstands NRW an die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn, wird bei den hochschulpolitisch belebten Kolleginnen und Kollegen anderer Bundesländer Kopfschütteln, Unverständnis und am Ende ein „ach so, Nordrhein-Westfalen“ auslösen. Eine Reaktion, die in der ersten Dekade nach der Gründung der Fachhochschulen allenfalls die hochschulpolitischen Entscheidungen eines süddeutschen Freistaates hervorgerufen hätte, nur mit einer anderen Endformel „ach so, ...“. Die Gewichte haben sich verschoben – nicht nur in dieser Frage.

Es ist heute republikweit anerkannt, daß die deutschen Fachhochschulen im Vergleich zu den traditionellen Hochschulen „andersartig“ sind und „gleichwertig“ sein sollen. Sie sind anders als die Universitäten, stehen aber als „Hochschulen der modernen Industriegesellschaft“ hierarchiefrei neben diesen. Sie wollen und werden niemals Universitäten Humboldt'scher Prägung oder derzeitiger Verformung sein. Die Universitäten werden dagegen die erfolgreichen Fachhochschulen als Ganzes weder kopieren wollen noch können. Für die Richtigkeit dieser Behauptung gibt es viele gute Argumente.

Nur eines sei an dieser Stelle herausgegriffen: Die Fachhochschulen bilden ihren Hochschullehrernachwuchs nicht selbst heran. Sie müssen ihn in Konkurrenz mit Wirtschaftsunternehmen und anderen erfolgsorientierten Institutionen gewinnen. Einem typischen Bewerber stünde eine Universitätskarriere nicht offen, weil ihm die Habilitation fehlt. Die Fachhochschulen würden im Gegenzug einen habilitierten Bewerber nicht einstellen können, wenn ihm die „... fünfjährige berufliche Praxis, von denen mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs zu erbringen sind ...“ fehlt. Die Dreijahresfrist für Tätigkeiten außerhalb des Hochschulbereichs ist eine Minimalsicherung gegen eine Assistenten-Fachhochschule, die sich niemand wünscht.

Für Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen gelten daher auch „andersartige, aber gleichwertige Einstellungs Voraussetzungen“. Die Berufung an eine Fachhochschule eröffnet eine berufliche Perspektive zu praxisorientierter Forschung und Lehre, die sich von der rein wissenschaftlichen Profilierung an einer Universität notwendigerweise unterscheidet. Sie erfolgt

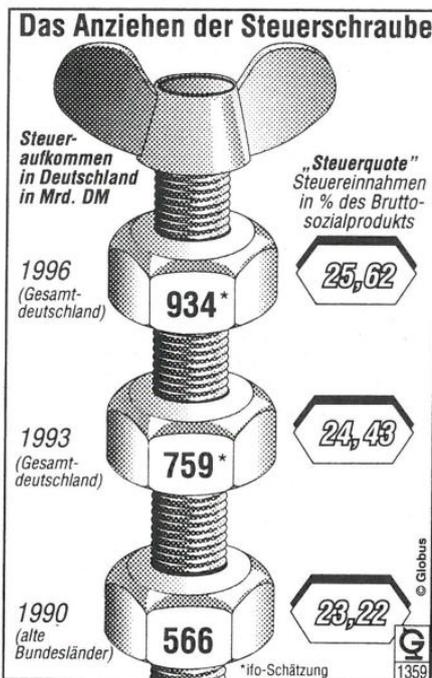
überwiegend in die Besoldungsgruppe C2 und somit in die etwas niedriger dotierte der beiden verfügbaren Besoldungsgruppen, die für die grundsätzlich gleichwertige Tätigkeit der Professoren eingerichtet sind. Wurde von den meisten Bewerbern um eine Professur dieser Umstand zunächst als wenig bedeutsam angesehen – er gewinnt an Gewicht, wenn erkannt wird, daß es kein brauchbares Argument für eine ungleiche Vergütung gleicher Arbeit gibt. Es entsteht der berechtigte Wunsch, bei Freiwerden eine C3-Stelle hausintern zu besetzen.

Nachdem selbst der Wissenschaftsrat die derzeitige Besoldungsstruktur der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen kritisierte, hat er sich damit indirekt zum kompetenten Fürsprecher für praktisch alle Bundesländer gemacht, die z.T. schon vor der einschlägigen gesetzlichen Änderung in § 45 HRG Hausberufungen in C3-Stellen nicht nur in begründeten Ausnahmefällen vorgenommen haben. Mit dieser politischen Grundhaltung und nunmehr rechtlicher Absicherung wird die Tätigkeit an der Fachhochschule – insbesondere die Qualität der Lehre – als wesentlicher Qualifikationsfaktor angesehen. Diesen Ländern ist es gelungen, Ihre Fachhochschulprofessorinnen und -professoren in ihrem Selbstverständnis zu stärken und sie zu motivieren, sich weit über ihre Pflichten hinaus für ihre Hochschulen zu engagieren. Die Fachhochschulen Bayerns und Baden-Württembergs z.B. waren bei der flächendeckenden Realisierung der praktischen Studiensemester und hochschuldidaktischer Hilfestellung „vorn“.

Wenn nun das Ministerium in Nordrhein-Westfalen beteuert, daß sich dort nicht zuletzt wegen der restriktiven Handhabung der Hausberufung die besten Fachhochschulen der Republik entwickelt hätten, dann drängen sich zwei absurd anmutende Überlegungen auf: Entweder die NRW-Fachhochschulen sollen dort nicht nur gleichwertig, sondern auch gleichartig sein, um – wie schon fünf Fachhochschulen vor ihnen im Jahre 1972 – in Gesamthochschulen aufzugehen. Dann allerdings wären die Absichtserklärungen der Ministerin, die Fachhochschulen ausbauen zu wollen, nur kurzfristiger Natur. Oder die Ministerin hat nicht die Kraft, sich politisch gegen die Juristen ihres Hauses durchzusetzen. Beides kann und darf nicht sein. Der Institution Fachhochschule würde fundamental und mit Wirkung über die Landesgrenze hinaus geschadet. Die dort in C2

festgenagelten Lehrenden geraten zwischen die Mühlsteine von Eckwerten und Evaluierung der Lehre; die Fachhochschulen verpassen die Chancen, die mit einer gestärkten Hochschulautonomie und neu zu erschließenden Berufsfeldern erreichbar sind.

Welchem Bewerber kann man unter diesen Umständen empfehlen, sich in Nordrhein-Westfalen zu bewerben? Wer durchschlägt dort endlich den Hausberufungsknoten und führt NRW in den Kreis der anderen Bundesländer zurück? Wie lange heißt es noch „ach so, Nordrhein-Westfalen“?



In drei Jahren, 1996, wird das Steueraufkommen in Deutschland nach Schätzung des Münchner ifo-Instituts 934 Milliarden Mark betragen. Das wären 23 Prozent mehr als im laufenden Jahr und sogar 65 Prozent mehr als im Jahre 1990

Landesvorstand des HLB NW

Offener Brief

an die Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Wider die Diskriminierung von Hausbewerbern!

Da die Fachhochschulen ihren wissenschaftlichen Nachwuchs nicht selbst ausbilden, besteht bei ihnen nicht die Gefahr, daß durch Lehrer-Schüler-Verhältnisse begründete sog. Seilschaften das Prinzip der Bestenauslese bei der Berufung in ein Professorenamt unterlaufen wird. Der Bundesgesetzgeber hat deshalb das an den Universitäten erforderliche Hausberufungsverbot für die Fachhochschulen in § 45 Abs. 2 des Hochschulrahmengesetz ausdrücklich aufgehoben.

Der Landtag des Landes NRW hat entsprechend durch Artikel II des Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Fachhochschulgesetzes (FHG) vom 20. 10. 1987 den ehemaligen Abs. 3 des § 33 des FHG NW mit Wirkung vom 22. 11. 1987 gestrichen und damit das für Professoren in Fachhochschulstudiengängen bis dahin geltende modifizierte Hausberufungsverbot sowie das Verbot der Berufung eines Nichtbewerbers aufgehoben.

In Verletzung der durch die Gesetze geforderten Gleichbehandlung von externen Bewerbern und solchen aus der Hochschule in einem Berufungsverfahren, betreibt das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW eine gezielte Benachteiligung von Hausbewerbern und versucht damit, seine bekannte ablehnende Haltung gegen jede Art von Hausberufungen an Fachhochschulen weiter durchzusetzen. Damit verstößt das Ministerium nicht nur gegen das geltende Hochschulrecht. Es verstößt auch gegen die beamtenrechtlich gebotene Fürsorgepflicht, die es gegenüber seinen Professoren hat und zu der anerkanntermaßen auch die Pflicht gehört, sich um das berufliche Fortkommen der Beamten bemühen zu müssen.

I.

Obgleich in § 32 Abs. 1 Ziff. 2 FHG NW als Einstellungsvoraussetzung grundsätzlich die „pädagogische Eignung, die durch Erfahrung in einer vorausgegangenen Lehr- oder Ausbildungstätigkeit nachgewiesen ...

wird“ gefordert ist, relativiert das Ministerium in seinem Runderlaß vom 01. 07. 1992 (III B 1 – 3020) diese gesetzliche Einstellungsvoraussetzung, indem es ausführt: „Bei einer Konkurrenz zwischen Hausbewerbern und externen Bewerbern kann durchaus die Lehrerfahrung des Bewerbers aus der Hochschule besondere Berücksichtigung erfahren. Durch die Gestaltung des Auswahlverfahrens muß aber sichergestellt sein, daß für externe Bewerber, die naturgemäß in der Regel keine oder geringere Lehrerfahrung vorweisen können, durch entsprechende Bewertung außerhalb der Lehre liegenden Leistungen eine Berufung möglich bleibt.“ Demgegenüber ist festzustellen, Lehrkompetenz kann nicht nur, sondern *muß* gemäß § 32 Abs. 1 Ziff. 2 FHG NW bei der Berufung in ein Professorenamt Berücksichtigung finden! Diese Regelung ist zu revidieren. Auch wenn bei der Konkurrenz zwischen externen Bewerbern und Hausbewerbern durchaus besondere Leistungen des externen Bewerbers in Forschung oder Entwicklung besondere Berücksichtigung erfahren können, so muß doch durch die Gestaltung des Auswahlverfahrens auch sichergestellt sein, daß für Hausbewerber, die naturgemäß in der Regel keine oder geringere besondere Leistungen in der Forschung oder der Entwicklung während ihrer Hochschultätigkeit erbringen können, durch entsprechende Bewertung außerhalb der Forschung liegender besonderer Leistungen, etwa in der Lehre, der Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Hochschule u. ä., eine Berufung in ein zweites Professorenamt möglich bleibt.

Der Landesvorstand hatte schon in seiner Resolution vom 04. 07. 1992 die Nichtbeachtung der gesetzlichen Forderung des § 32 Abs. 1 Ziff. 2 FHG NW in der Berufungspraxis im Lande Nordrhein-Westfalen bei den zuständigen Stellen gerügt. Obgleich das Ministerium für Wissenschaft und Forschung NW in der Öffentlichkeit seit Jahren die Bedeutung einer qualifizierten Lehre an den Hochschulen betont und damit die vielfältigsten Eingriffe in die traditionelle Hochschulverfassung rechtfertigt, wird der Lehrerfahrung bei der Berufung von Professoren an Fachhochschulen entgegen ausdrücklicher gesetzlicher Forderung kein entscheidender Wert beigemessen. Maßgebend in der Berufungspraxis des Ministeriums sind vorrangig neuere wissenschaftliche Forschungsleistungen, wie die Bevorzugung von Universitätsprofessoren als Gutachter durch das Ministerium zeigt.

II.

In seinem schon erwähnten Runderlaß vom 01. 07. 1992 fordert das Ministerium für Wissenschaft und Forschung NW des weiteren, daß nur einer der beiden vorgeschriebenen Gutachter des Berufungsverfahrens ein Fachhochschulprofessor sein darf,

obgleich der Landesgesetzgeber in § 34 Abs. 3 FHG NW lediglich „zwei Gutachten auswärtiger Professoren“ verlangt und die Professoren an den Fachhochschulen wohl unstrittig Professoren im Sinne des FHG NW sind. Diese Forderung des Ministeriums verstößt somit gegen den eindeutigen Wortlaut des Fachhochschulgesetzes.

Die Beauftragung von Universitätsprofessoren mit der Begutachtung von Bewerbern auf eine Professorenstelle an einer Fachhochschule ist zudem in der Regel sachfremd und macht die Berufungsentscheidung rechtlich angreifbar. Universitätsprofessoren bewerten die Qualifikation eines Professors naturgemäß allein nach seiner Forschungstätigkeit. Für die Bewertung beruflicher Leistungen außerhalb des Universitätsbereichs sind sie wohl nicht unbedingt qualifiziert, da sie diese selbst häufig nie persönlich kennengelernt haben. Die Lehrkompetenz wird in den Augen eines universitären Gutachters durch eine erfolgreiche Habilitation nachgewiesen, ein Qualifikationsweg, den Bewerber um eine Professorenstelle an einer Fachhochschule in der Regel gerade nicht eingeschlagen haben. Die Beauftragung von Universitätsprofessoren ist deshalb aufgrund der Andersartigkeit der Fachhochschule auf Ausnahmefälle zu beschränken.

III.

Die automatische Beiziehung eines Obergutachters durch das Ministerium, sofern ein Hausbewerber am Verfahren teilnimmt, beinhaltet nicht nur ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegenüber den Fachhochschulen, sondern auch eine weitere Diskriminierung der Hausbewerber. Sie sollte künftig allein auf die Fälle beschränkt werden, in denen tatsächlich ein konkreter Anlaß die Heranziehung eines weiteren Gutachters erfordert. Dabei ist auf Gutachter aus den Reihen der Fachhochschulprofessoren zurückzugreifen. Im Falle der Einholung eines Obergutachters für einen Berufungsvorschlag einer Universität wird vom Ministerium auch kein Professor einer Fachhochschule beauftragt.

Gerade bei einem Hausbewerber erübrigt sich aber eine zusätzliche Überprüfung. Im Gegensatz zu dem externen Bewerber eines Berufungsverfahrens hat das Ministerium bei dem Hausbewerber in der Vergangenheit bei seiner Einstellung schon das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für seine Berufung überprüft und festgestellt.

IV.

Durch Runderlaß vom 12. 02. 1993 des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung NW (I A 2 – 6030.2) wurde den Fachhochschulen mitgeteilt, daß Hausbewerber auf Berufungslisten ab dem 01. 04. 1994 nur dann akzeptiert werden, wenn für

diese Ergebnisse einer studentischen Veranstaltungskritik vorgelegt werden. Diese Forderung hat keine gesetzliche Grundlage. Sie verstößt auch gegen das Gebot der Gleichbehandlung. Außerdem verstößt sie gegen die Freiheit der Lehre, denn indem die Berufung auf eine C3-Stelle von dem positiven Urteil der Studenten mitabhängig gemacht wird, wird der Professor mittelbar angehalten, seine Lehre den Wünschen der Studenten anzupassen und sich in Lehre und Prüfungen um deren Wohlwollen zu bemühen. Im übrigen hat die Ministerin bisher regelmäßig betont, daß eine studentische Veranstaltungskritik aus ihrer Sicht zwar wünschenswert, jedoch nicht verpflichtend sei.

V.

Neuerdings weigert sich das Ministerium für Wissenschaft und Forschung NW, Berufslisten mit weniger als drei Einzelvorschlägen entgegenzunehmen, wenn einer der Vorgeschlagenen ein Hausbewerber ist. Auch diese Benachteiligung von Hausbewerbern gegenüber externen Bewerbern ist sachlich nicht zu rechtfertigen und findet in § 34 Abs. 3 FHG NW keine Stütze.

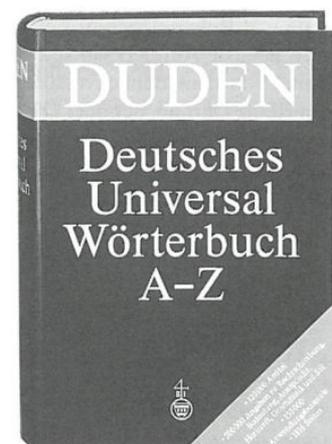
Soweit auch nach einer zweiten öffentlichen Ausschreibung sich nicht drei berufungsfähige Bewerber finden, muß, auch wenn einer der beiden vorgeschlagenen Bewerber ein Professor der Hochschule ist oder aber sich außer dem Hausbewerber kein berufungsfähiger weiterer Bewerber gefunden hat, eine Zweier- oder Einerliste vom Ministerium akzeptiert werden. Die Zurückweisung einer Zweier- oder Einerliste allein unter dem Gesichtspunkt, daß ein Hausbewerber vorgeschlagen wird, ist mit dem Gleichheitsgrundsatz nicht vereinbar und beeinträchtigt zudem massiv den Lehrbetrieb am betroffenen Fachbereich, da damit die notwendige Stellenbesetzung vom Ministerium wegen des Fehlens mehrerer geeigneter externer Bewerber für unabsehbare Zeit hinausgezögert wird.

VI.

Der Landesvorstand des HLB fordert daher die Ministerin für Wissenschaft und Forschung auf, die gesetzwidrige und der Fachhochschule schadende Praxis bei Berufungsverfahren mit Hausbewerbern endlich zu beenden.

Essen, 07. November 1993

1816 Seiten. Über 120 000 Artikel mit den Neuwörtern der letzten Jahre. 150 000 Anwendungsbeispiele. Kurze Grammatik für Wörterbuchbenutzer. Mehr als 500 000 Angaben zu Rechtschreibung, Aussprache, Herkunft, Bedeutung, Grammatik und Stil. 2395 Grammschwer. 24 Zentimeter hoch, 17 Zentimeter breit und 7 Zentimeter dick. Und das alles für 49 Mark 80



DUDEN. Man kann ja nicht alles wissen.

Das vorvorletzte FRK-Plenum

Die wichtigste Entscheidung der 44. Plenarversammlung der Fachhochschulrektorenkonferenz – nämlich sich selbst binnen Jahresfrist aufzulösen – hätte allerorten getroffen werden können. Auch für die Diskussion der Konzeption „Wirtschaft und Fachhochschulen im Bildungsverbund“ – die Entscheidung darüber hatte bereits der Länderausschuß getroffen – hätte Dresden nicht der Austragungsort sein müssen. Das Thema

Impulse des Aufbaus – Weiterentwicklung der Fachhochschulen in den neuen Ländern

jedoch mußte vor Ort – also in einem östlichen Bundesland festgemacht werden, wollte man darüber nicht nur von hoher Warte akademisch diskutieren. Hier wie an jedem anderen Ort der vormaligen DDR, wo es inzwischen eine Fachhochschule gibt, konnte die Stimmung der Studierenden und der Lehrenden aufgenommen, also mit den Beteiligten selbst gesprochen werden. Diese Chance wurde nicht genutzt. Das Plenum tagte fern der Hochschule für Technik und Wirtschaft (FH), der früheren Hochschule für Verkehrswesen, im Haus der Kirche in der Dresdner Neustadt. Mitglieder der Dresdner Hochschule, neben ihrem westdeutschen Gründungsrektor, Professor Dr. Wolfgang Braun, kamen nicht zu Wort. Nur die Wessis, die die Spitzenpreise der Dresdner Hotellerie nicht zahlen mochten und mit einer Gästewohnung der Dresdner Hochschule vorlieb nahmen, erhaschten Blicke vom Alltag des Hochschullebens hinter dem Hauptbahnhof.

Referate und Referenten zum Kernthema verdienten höchste Aufmerksamkeit – sieht man einmal von dem Bahnenvorstandsvorsitzenden Heinz Dürr ab, der über *Die Deutschen Bahnen als Modellfall des gemeinsamen Neubeginns* sprechen sollte. Er mußte (?) absagen und überließ das undankbare Geschäft des Vergleichens von Nichtvergleichbarem seinem örtlichen Reichsbahn-Statthalter.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Gerhard Neuweiler, zog eine vorläufige und ungeschminkte *Bilanz zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern*. Neuweiler hat sich in seiner bisherigen Amtszeit den Ruf erworben, sonst tabuisierte Fragen offen



hfb-Präsident Kuntze auf dem 14. FRK-Plenum mit Staatsminister Professor Dr. Meyer und Professor Schäflein, Präsident der Kath. Stiftungs-FH München-Benediktbeuren

anzusprechen, um die andere – auch die FRK – weite Bogen schlagen. *Neuweiler* beschränkte seine Ausführungen nicht auf die Fachhochschulen, sondern stellte diese in den Kontext der Entwicklung aller Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Beitrittsgebiet. Auszüge aus seinem Referat sind auf Seite 9 abgedruckt.

Die Bedeutung der Hochschulerneuerung in den neuen Ländern für die Fachhochschulen und die Möglichkeiten und Chancen des Neuaufbaues von Fachhochschulen in den neuen Ländern: Mit diesen Themen konnte das Engagement der stattlichen Zahl westdeutscher Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates und den länder-eigenen Hochschulkommissionen bis zur Knochenarbeit vor Ort als Gründungsrektor oder Gründungsdekan ausgeleuchtet und mit der Sicht eines ostdeutschen Gründungsrektors (*Professor Dr. Roland Sessner*, FH Lausitz) abgeglichen werden. *Dietmar von Hoyningen-Huene*, der Mannheimer Rektor, konnte belegen, daß sich dieses Engagement in Sachsen gelohnt hat. Der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, *Professor Dr. Hans-Joachim Meyer*, unterstrich das mit seiner sehr ausführlichen Darstellung der *Signalwirkung des Sächsischen Hochschulgesetzes*.

Der Präsidentin der Kultusministerkonferenz *Steffie Schnoor* (Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern) blieb es dann vorbehalten, den Reformansätzen ihrer Vorredner eine Absage zu erteilen. Das ge-

schah nicht etwa spontan, sondern war wohl vorbereitet und in enger Anlehnung an das Manuskript vorgetragen. Thema des Referats: *Bildungspolitik in der Verantwortung – Reformansätze im Hochschulwesen*. Der Griff in das Archiv der KMK war unverkennbar (siehe Kasten) wie auch die insoweit einheitliche Linie der Wissenschaftsminister und -senatoren, da Reformen und Geld zu fordern, wo es ihnen selbst keinen Ärger bereitet. Als Beispiele seien genannt die Frage der Eingangsbesoldung und des Promotionszuganges für FH-Absolventen. Zitat: „Nach unserer Ansicht können (!) Universitäten und Fachhochschulen bei der Ausgestaltung des Eignungsfeststellungsverfahrens zusammenarbeiten und dabei auch Absprachen über die Betreuung der Dissertationsvorhaben treffen, soweit das entsprechende Landesrecht dies zuläßt.“ Mit spitzen Fingern konnte das kaum angefaßt werden.

Zusammen mit der Nachricht aus Bonn, wonach es im Jahr 1994 bei einem viel zu geringen Bundesansatz von 1,68 Mrd. DM für die Förderung des Hochschulausbaus bleibt, wich so von Referat zu Referat die von Neuweiler bewirkte Aufbruchstimmung der spezifischen FH-Tristesse als einem Pendant zum allgegenwärtigen Nach-DDR-Alltag.

War Dresden eine Reise wert? Das werden sich die recht zahlreichen Mitglieder und Gäste der 44. FRK gefragt haben. Elbflorenz, Semperoper, Orgelvesper an der Silbermannorgel der Katholischen Hofkirche, ein Empfang der Staatsregierung und das glänzende Festkonzert mit Abendessen auf Schloß Albrechtsberg – die Hochschule für Technik und Wirtschaft mit ihrem westdeutschen Gründungsrektor Wolfgang Braun hatte alle Register der Gastfreundschaft gezogen. Wer hat da nicht gedacht beim herzlichen Dank an den Gastgeber: „Es war gut und reichlich, aber weit über unsere Verhältnisse?“

Der zweite Tag des Plenums, als es die Auflösung der FRK und anderes zu beschließen gab, erledigte die oben gestellte Frage, ob diese Art von zweimal jährlich stattfindenden Plenarsitzungen sich nicht inzwischen selbst überlebt hat.

Die Auflösung der FRK

Das war das zentrale Thema des „internen“ Teils des 44. Plenums. Es war gut vorbereitet und ging bei nur einer Enthaltung ohne Gegenstimmen glatt über die Bühne. Die geforderte Zweidrittelmehrheit der Mitgliedshochschulen war das nicht – das Förmliche muß noch am Nikolaustag in Bonn oder in einem dritten letzten Anlauf, wo es auf die Zahl der vertretenen Mitgliedshochschulen nicht mehr ankommt, erledigt werden.

¹ Siehe „Was wird aus der FRK?“ in DNH 1/93, S. 21

Die Plenarversammlungen in den 80er Jahren waren Austragungsort gegensätzlicher Auffassungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen. Gegner und Befürworter von Konvergenz oder Eigenständigkeit, von Gesamthochschulen oder selbständigen Fachhochschulen debattierten leidenschaftlich, bis sich die Position eigenständiger Fachhochschulen mehrheitlich durchsetzte und inzwischen unumstritten ist. Es blieb nicht bei der Diskussion umfassender Konzeptionen; auch Reformansätze kleineren Umfangs waren es wert, im Plenum diskutiert und exekutiert zu werden. Der Wandel der FRK-Plenarversammlungen von einem Diskussionsforum zu einem Instrument der Selbstdarstellung der Fachhochschulen – ausgedrückt durch einen ganzen öffentlichen Tag der Selbstdarstellung und einen halben (dreistündigen) internen – hat die Bereitschaft zur Selbstauflösung gefördert. Die FRK hat den Preis für verstärkte Mitwirkungsrechte der Fachhochschulen innerhalb der HRK so mit bereits entwerteter Münze bezahlt.

Der Länderausschuß der FRK hat längst die Führungsrolle der Gestaltung der Fachhochschulpolitik übernommen, und das Plenum hat sich dem gefügt. Widerstände gibt es nur gelegentlich, wenn die Kommunikation und Koordination zwischen LA-Vertreter und den übrigen Rektoren/Präsidenten in Flächenstaaten nicht funktioniert. So waren die bayerischen FH-Vertreter nicht voll des Glücks, daß sie zunächst nur aus der Presse erfahren haben, was der Länderausschuß mit DIHT und Arbeitgebern zum Kooperationsmodell Fachhochschule – Wirtschaft vereinbart hat. Aber auch die so nicht in den Meinungsbildungsprozeß einbezogenen Fachhochschulen verlangten vom 44. Plenum keine Ratifizierung, sondern gaben sich mit einem Bericht des Vorstandes zufrieden.

Die Sache der Fachhochschulen muß auch nach der FRK-Auflösung weiter vertreten werden. Der Länderausschuß wird den beiden noch anstehenden zwei Plenarversammlungen (am 25.–27. April 1994 in Emden und im Oktober 1994 in Berlin) vorgeben, wie und wo es nun längs geht. Die veränderte HRK-Struktur wird bereits Anfang Januar wirksam – vorausgesetzt, die FRK hat am 6. Dezember eine Zwei-Drittel-Mehrheit zusammengetrommelt. Schon im Jahr 1994 werden viele FH-Rektoren und Präsidenten stärker gefordert als bisher, wo noch nicht einmal zwei Dutzend von ihnen über den Länder-Tellerrand hinaus aktiv werden konnten und zum größeren Teil auch aktiv waren.

Alter Wein in neuen Schläuchen

oder

„wie die Wessis sungen, so zwitschert auch die junge“

Kultusministerin Steffi Schnoor vor dem 44. Plenum der FRK

„Erlauben Sie mir, nun zur Situation der Professoren an den Fachhochschulen einige Gedanken zu äußern. Mir scheint es zunächst angezeigt, davor zu warnen, standespolitisch motivierte Forderungen zur Angleichung an die Universitäten weiter zu verfolgen. Sie zeugen einerseits von einem zu geringen Selbstbewußtsein und verkennen andererseits, daß die exzellente Bewährung und der Erfolg der Fachhochschulen nicht aus ihrer Nähe zu den Universitäten, sondern aus ihrer Andersartigkeit resultieren. Ich bin ein großer Anhänger des vom Wissenschaftsrat kreierten Mottos ‚andersartig aber gleichwertig‘. Im Unterschied zu manchen Verbandsfunktionären bin ich deshalb auch nicht für die Aufhebung aller strukturellen und rechtlichen Unterschiede zwischen Fachhochschulen und Universitäten. Unterschiede im Rechtsstatus von Fachhochschulen und Universitäten bestehen und müssen bestehen bleiben, und zwar in folgenden Punkten: Hochschulzugang, Hochschuldiplom, Regelstudienzeit, Struktur und Ausrichtung des Studiums, außerdem bei der Praxisorientierung und den Praxissemestern, beim Primat der Lehre mit grundsätzlich höheren Lehrdeputaten. Bei letzterem kann es Reduzierungen für forschungsaktive Fachhochschullehrer geben, freilich nur im Rahmen der Erfüllung des Lehrauftrages der Fachhochschulen und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder. Zu den Unterschieden gehören auch die Berufungsvoraussetzungen, die Nichtgeltung des Hausberufungsverbots in das zweite Professorenamt für Fachhochschulen, unterschiedliche Forschungsaufträge, der Umfang des Fächerangebots, andersartige Personal-kategorien, also keine wissenschaftlichen Assistenten und, wie bereits dargelegt, das Promotionsrecht nur bei den Universitäten. Hinzufügen will ich, daß ich den Technologietransfer keineswegs als eine ausschließliche Angelegenheit der Universitäten betrachte, sondern auch und besonders als eine der Fachhochschulen.“

Die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in den Neuen Ländern

Auszüge aus dem Referat des Vorsitzenden des WR, Professor Dr. Gerhard Neuweiler, zum 44. FRK-Plenum in Dresden

Der Name der Dresdner Fachhochschule „Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden“ belegt, daß Herr Kultusminister Meyer dort, wo es wenig kostet und gleichwohl wohl tut, die beharrliche These des Wissenschaftsrats von der Gleichwertigkeit von Universitäten und Fachhochschulen umgesetzt hat. Und die Tatsache, daß die FRK in Dresden tagt, ist symptomatisch für den raschen, erfolgreichen Start gut arbeitender Fachhochschulen in Städten und Regionen, für die „Fachhochschule“ vor zwei Jahren noch ein Fremdwort war. Wie erfolgreich dieser Hochschultyp in den neuen Ländern sein kann, bewies mir der Rektor einer Fachhochschule an einem Standort, an dem wir sehr viel Bitterkeit und Enttäuschung hinterließen, weil wir den Kollegen die heißersehnte Wiedererlangung eines Fakultätsstatus in einer Universität verweigerten. Vor wenigen Wochen kam der jetzige Rektor auf mich zu und bedankte sich ausdrücklich für unser beharrliches Festhalten an der Fachhochschulempfehlung. Im Gegensatz zu einschlägigen Universitätsfakultäten habe er viele und ausgezeichnete Studenten und ein gutes Arbeits- und Lehrklima.

Bevor ich der Versuchung unterliege, unsere Empfehlungen in das reine Licht hehrer Wissenschafts- und Forschungsziele zu stellen, tun wir gut daran, uns an eine Rahmenbedingung zu erinnern, die natürlich unsere Empfehlungen und damit die Organisationsstruktur in Bildung und Forschung beeinflusste. Zur Ausgangslage gehört, daß die DDR der alten Bundesrepublik beigetreten ist und die alten Länder nicht ernsthaft daran dachten, aus diesem Anlaß ihr System zu ändern. Das hatte gravierende Konsequenzen:

- Für die Hochschulfinanzierung sind allein die Ländern zuständig. Die Ausnahme bildet der Hochschulbau, aber auch hier gab es keine Übergangsregelung. Damit war die Hochschularmut vorprogrammiert.
- Für außeruniversitäre Institute gibt es Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern.
- Das Hochschulrahmengesetz läßt nicht viel Raum für Abweichungen.

Dies erschwert eine Neugestaltung der Hochschulen, die in den alten Ländern nicht erst seit der Wiedervereinigung in vielen Aspekten ihrer Lehr- und Forschungsstrukturen reformbedürftig sind. Mit einem gewissen Bedauern mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß die Universitäten weniger noch als die Wissenschaftsministerien den vorhandenen Spielraum ausnutzen, um eigene Wege zu gehen. So steht zu befürchten, daß wir in den Universitäten der neuen Länder in Kürze dieselbe Fehlentwicklung etwa bei den Betreuungsverhältnissen, bei der Struktur des wissenschaftlichen Nachwuchses, im Übergewicht der Krankenversorgung in den Universitätskliniken wiederfinden. Unsere ganze Hoffnung richtet sich daher auf die Hochschulgesetzgebung in den Neuen Ländern, ...

Sachsen hat unsere Hoffnungen weitgehend erfüllt ... Es bleibt jetzt abzuwarten, ob der Gesetzestext auch so konsequent in den Hochschulalltag umgesetzt wird, wie er formuliert ist ...

Wir verlangten bei allen Forschungseinrichtungen beharrlich eine engere Verklammerung mit benachbarten Universitäten und Fachhochschulen durch gemeinsame Berufungen der leitenden Wissenschaftler ... Dies ist bisher nur bruchstückhaft geschehen ... Wir haben den Eindruck gewonnen, daß an einigen Universitäten, aber auch von seiten der Institute, die Kooperation nur zögerlich, wenn überhaupt, gesucht wird. Dies gilt nach unserer Kenntnis in noch höherem Maße für die Anbindung an Fachhochschulen ...

Ein weiteres Ziel, mit dem der Wissenschaftsrat angetreten ist, nämlich forschungs- und lehrfördernde Regelungen und Strukturen des ehemaligen DDR-Hochschulsystems für die ganze Republik zu erhalten, geriet sehr schnell bei uns, aber auch in den Hochschulen in Vergessenheit ... Die in meinen Augen in Abwandlungen nachahmenswerte Lehrstruktur ... für das berufsorientierte Studium verschwand allerdings erstaunlich kampfflos in der Versenkung, wohl deshalb, weil ihre Beibehaltung oder gar Ausdehnung auf alle 16 Länder einen erheblichen Personalbedarf erzeugt hätte. ...

Freilich ist die Zahl kreativer Köpfe nicht beliebig vermehrbar. Das bekommen die neuen Länder in Fächern zu spüren, die – wie die Rechts- und Wirt-

schaftswissenschaften – von Grund auf neu aufgebaut werden mußten. Weil also die Ressourcen an Intelligenz und Geldmitteln begrenzt sind, hat der Wissenschaftsrat unter heftigem Protest der HRK und des Hochschulverbandes „nur“ sieben neue Juristische Fakultäten vorgeschlagen ... In einer ersten Phase bis 1996 sollte die Konsolidierung bestehender Hochschulen und der Aufbau der Fachhochschulen bewerkstelligt werden. Erst dann sollte neu gegründet werden, mit der Ausnahme Brandenburgs, allerdings auch nicht gerade mit drei neuen Universitäten auf einen Schlag. ... Diese Zurückhaltung in der Neuplanung wurde immer wieder, wohl in erster Linie aus regionalpolitischen Rücksichtnahmen durchbrochen, jüngst mit der Gründung der Universität Erfurt, die nach unserer Auffassung später hätte folgen sollen. So müssen wir fürchten, daß anstelle weniger, aber dann ausreichend intellektuell und materiell ausgestatteter Fakultäten und Hochschulen zu viele mit zu dünnen Stimmchen mitsingen und im Chor der Hochschulen kaum mehr wahrgenommen werden ...

Lassen Sie mich schließlich zu den Fachhochschulen kommen. Da dieser Hochschultypus für die neuen Länder neuartig war, hatten wir relativ leichtes Spiel. In diesen fünf Ländern und in Berlin bestand die Chance, das Studienplatzangebot unter den beiden Hochschularten ausgewogener zu verteilen. Das ist weitgehend gelungen dank der Mitarbeit vieler, die hier versammelt sind, in unseren Kommissionen und dank der Einsicht der fünf neuen Länder. Wir haben diese Fachhochschulen in erster Linie aus bestehenden Hochschulen aufgebaut und nicht aus den 200 Ingenieur- und anderen Fachschulen, die diesen Statusschub verständlicherweise gerne gesehen hätten ...

In unserer Freude, nun wenigstens in Ostdeutschland zu vernünftigen Studienplatzrelationen zu kommen, haben wir wohl den augenblicklichen Bedarf in der tiefen Industriekrise, z. B. in den Ingenieurdisziplinen, überschätzt. Doch ist dies hoffentlich ein vorübergehendes Phänomen, das allerdings vermutlich prinzipielle Schwierigkeiten für die Fachhochschulen aufwirft. Fachhochschulen brauchen nicht nur Lehrkräfte aus der Praxis – die gibt es wahrscheinlich zur Zeit – sondern auch Ausbildungsplätze in der Industrie. Wenn es mit rechten Dingen zugeht, dürfte es keinen Fachhochschulstudengang ohne Praxissemester geben. Wo

sollen diese Ausbildungsplätze herkommen, wenn die Industrie zusammengebrochen ist? ...

Bei der Neugründung der Fachhochschulen haben wir versucht, in den westlichen Fachhochschulen vorfindliche Fehler zu vermeiden. Wir haben daher vor allem drei Empfehlungen ausgesprochen:

1. Die Forschungs- und Entwicklungsorientierung der Vorgängereinrichtung sollte beibehalten und fachhochschulgerecht weiterentwickelt werden. Dies ist eine wichtige Weichenstellung für die Fachhochschulen, die auch im Westen allmählich – zumindest verbal – nachvollzogen wird. Es ist unbestreitbar, daß die Fachhochschulen ein kaum ausgeschöpftes Potential für Entwicklungs- und Forschungsarbeiten in Kooperation mit der Industrie, vor allem mit der Klein- und Mittelindustrie besitzt.

... Der Transfer aus der Forschung in die Produktion läuft in aller Regel nicht über geordnete Hochschulstrukturen, sondern über Personen, die beides, Forschung und Industriebetrieb, kennen. Da in Fachhochschulen die Hochschullehrer aus der Praxis kommen und die Studenten andererseits in Betrieben Praxiserfahrung sammeln müssen, besteht eine günstige potentielle Personenbrücke zwischen Fachhochschule und Betrieb, sofern diese Bogen durch entsprechende Forschungs- und Entwicklungsstrukturen auf der Hochschuleseite untermauert sind. Daran fehlt es noch; deshalb wirbt der Wissenschaftsrat unablässig dafür, künftig Fachhochschulen mit entsprechenden Entwicklungslabors, mit einer guten Geräteausstattung und vor allem mit kompetentem Personal auszustatten. Es muß in Zukunft möglich sein, daß ausgezeichnete Absolventen von Fachhochschulen noch einige Jahre als Entwicklungsassistenten in der Fachhochschule weiterarbeiten. Ich vermeide bewußt und in voller Absicht den Ausdruck „wissenschaftlicher Assistent“, weil Fachhochschulen zu Recht keinen wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden sollen.

2. Dennoch wird eine solche Tätigkeit zwangsläufig die Frage aufwerfen, ob diese zusätzliche Qualifikation nicht durch einen zusätzlichen Grad anerkannt und honoriert werden soll. Der Wissenschaftsrat hat kooperative Promotionsverfahren mit Universitäten vorgeschlagen. Ich halte diesen Weg

nur für die wenigen Fälle begehbar, bei denen ein Fachhochschulabsolvent sich der Grundlagenforschung zuwenden will. Für die praktischen Lösungsprobleme zugewandten Arbeiten halte ich mehr denn je einen eigenen Fachhochschulgrad für richtig. Dieser Grad definiert eine besondere, vom Universitätsdoktor klar abgrenzbare und im Zweifelsfalle für die Praxis sehr viel interessantere Qualifikation, nämlich die der praktischen Problemlösung in einem wissenschaftlichen Feld. Ich habe diese Argumentation schon einmal vorgetragen und stieß auf Ratlosigkeit allein schon deshalb, weil niemanden, auch mir nicht, eine geeignete Bezeichnung für einen solchen Grad eingefallen ist. Aber erinnern Sie sich an die Entrüstung, als der Diplomingenieur (FH) eingeführt wurde? Längst abgeklingen, längst Alltag! So könne es auch einem Doktor (FH) ergehen, wenn uns partout nichts Passenderes einfallen sollte.

3. Schließlich werben wir, bislang nicht mit dem gewünschten Erfolg, um die Einbeziehung der Fachhochschulen in die allenthalben entstehenden Forschungsverbände. Die Verbundforschung ist eine interessante Form der regionalen Forschungsk Kooperation, wie sie von einigen Ländern, z. B. von Bayern gefördert wird, in der Hoffnung zu mehr Innovationen und, durch die konsequente Einbeziehung der Industrie, zu einer raschen Ertragsumsetzung zu kommen. In diesen Verbänden vermisste ich bislang die Fachhochschulen, ein Indiz dafür, daß das Kommunikationsnetz zwischen Universitäten und Fachhochschulen immer noch gestört bzw. noch zu dünn geknüpft ist. Die so heiß und nur am grünen Tisch debattierte Frage, warum wir die Entdeckungen machen und die Japaner sie wenig später auf den Markt werfen, wäre spätestens dann beantwortet, wenn die Industrie zusammen mit Fachhochschulen und Universitäten bei entsprechenden Labors Entwicklungshallen oder -büros ansiedeln würde, um das Know-how

durch gemeinsame, personell ver-schränkte Forschungsarbeit schnell in die Produktionshallen zu schleusen. Doch solche Labors findet man zur Zeit nur in den USA, z. B. beim MIT und nur unter aktiver, nicht nur finanzieller Mitarbeit von japanischen, nicht von deutschen Firmen – ein Armutszeugnis für den Mut unserer Firmen.

Ich habe den Eindruck, daß durch den wohlwollenden Mantel, in den der Wissenschaftsrat ... die Fachhochschulen gehüllt hat, manche spezifischen Probleme zu wenig gesehen werden. Ein zunehmend drängendes Problem sind die länger werdenden Studienzeiten. Hier müssen die Ursachen ... rasch beseitigt werden, wenn ein attraktiver Ausbildungsvorteil nicht ohne Not aufgegeben werden soll.

Das andere Problem ist der Praxisbezug. Die Klagen, vor allem auch aus der Studentenschaft, daß der Praxisbezug nicht ausreichend ernst genommen werde, nehmen zu. Da trifft es sich gut, daß den Fachhochschulen an dieser Front Konkurrenz erwächst, in Form der Berufsakademien nämlich. Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich ein interessantes Problem. Durch die zunehmende Verwissenschaftlichung aller Bereiche des Alltags und des Berufslebens wächst der Bedarf an wissenschaftlicher Zusatzausbildung auch für eng betriebsspezifische Berufsfelder im dualen Ausbildungssystem. Insofern ist die Entstehung der Berufsakademien mit der starken Einbindung des Betriebs in die Ausbildung kein Zufall, auch nicht nur das Ergebnis politischen Willens. Die Fachhochschulen haben auf diese Herausforderung vor kurzem mit Vereinbarungen mit Industrie- und Handelsverbänden reagiert, die ähnliche Ausbildungsgänge vorsehen. Dies ist eine interessante und wünschenswerte Entwicklung. Der Wissenschaftsrat prüft zur Zeit die 205 Berufsakademien in Baden-Württemberg. Wir werden den Anlaß sicherlich nutzen, um zur Verzahnung zwischen ter-

tiärem und dualem System Stellung zu nehmen.

Schließlich sollte der Kanon der Studiengänge, die die Fachhochschulen anbieten, erweitert werden, gerade auch in den neuen Bundesländern. Der Wissenschaftsrat fordert beharrlich und in letzter Zeit verstärkt, daß alle praxisbezogenen und berufsfeldorientierten Studiengänge, neue wie alte, an die Fachhochschulen gehören, gegebenenfalls durch Verlagerung mit den entsprechenden Ressourcen aus den Universitäten. Wir denken dabei vor allem an Berufe der Rechtspflege, des Gesundheitswesens bis hin zum praktischen Zahnarzt, an Erziehungsberufe außerhalb des Gymnasiums und anderes mehr. Dies ist freilich ein Feld, in dem Standesinteressen und Standesdünkel ebenso wie das Besitzstandsdenken von Universitäten Tretminen verlegt haben. Die ersten gingen schon bei den Juristen hoch, als in Niedersachsen der erste Fachhochschulstudiengang für Juristen eingerichtet wurde. Der Wissenschaftsrat wäre gerne bereit, sich als Minensuchhund zu bewähren, wenn er denn wüßte, ob ihm die Truppe auf dem entschärften Pfad folgen wird.

Gruppenreisen maßgeschneidert

Reiseziele in Deutschland, Europa und Übersee.
Kostenlose Angebote nach Ihren Wünschen.
Fachprogramme, spezielle Besichtigungen etc.
Individueller und engagierter Service.
Direkt vom Spezial-Veranstalter mit 20 Jahren Erfahrung.



Informationen bei: **IC INTERCONTACT**
INTERCONTACT Ihr Partner für Studienreisen
Abtl. 3385, In der Wässerscheid 49, 53424 Remagen
Tel.: 0 26 42 / 20 09-0, Fax: 0 26 42 / 20 09-38

Das Thema Evaluierung der Lehre gilt als brisant. Insbesondere die Vorgaben des NRW-Wissenschaftsministeriums zur studentischen Vorlesungskritik¹ und ihre Verwertung bei Hausberufungen² haben der Sache eher geschadet als genützt. Mit dem Kolloquium zur Weiterentwicklung der Lehre (November 1991)³ hat der hlb die Evaluation in die

gegebenen Rahmenbedingungen eingepaßt und Position bezogen.

Evaluierung der Lehrveranstaltungen ist Aufgabe der Lehrpersonen – sie müssen wissen, wie sie als Transporteure von Wissen und Motivation „ankommen“. Der Verfasser dieses Beitrages war vor seiner Berufung an die FH Jena im Personalwesen einer der größten deutschen Aktiengesellschaften tätig.

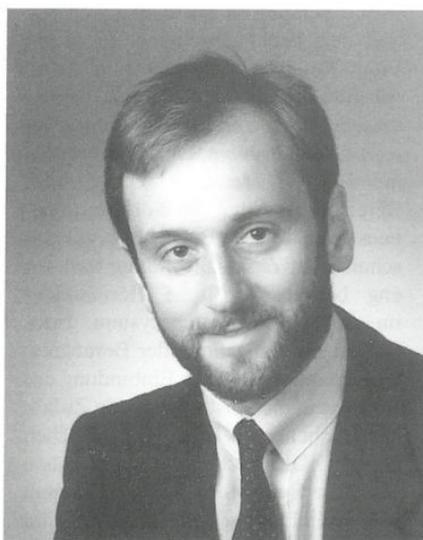
Klaus Watzka

Evaluierung von Lehrveranstaltungen:

Eine wichtige Vorbedingung für die Verbesserung der Ausbildungsqualität

SPIEGEL-Studie, STERN-Studie, Forbes-Studie und kein Ende. Hochschul-Rankings sind chic und haben Konjunktur! Artikel, die sich kritisch mit der Organisation und der Ausbildungsqualität an den Hochschulen auseinandersetzen, häufen sich. Zunehmend wird bezweifelt, daß unser Hochschulsystem eine effiziente und praxisnahe Ausbildung gewährleisten kann.

Grundsätzlich ist diese Diskussion begrüßenswert. Denn gerade Hochschulen, die für sich reklamieren, ein Ort geistiger Auseinandersetzung zu sein, dürfen sich der ständigen Reflektion ihrer eigenen Strukturen und Prozesse nicht entziehen. Auch Hochschul-Rankings haben in diesem Diskussionsprozeß ihren Platz, wenn auch die etwas ketzerische Anmerkung erlaubt sei, daß sich bald jede Hochschule einmal auf einem Platz unter den ersten Zehn sonnen konnte und auch jede Hochschule einmal ihre Wunden lecken mußte, weil sie unter den Schlußlichtern eingestuft wurde. Wenn wir noch genügend Ranking-Studien mit verschiedenen Befragungsansätzen erleben, dann wird diese Situation sicherlich bald erreicht sein. Die Frage ist nur, welchen *Beratungsnutzen* der Studienanfänger dann aus dieser verwirrenden Vielzahl von unterschiedlichen Rankings ziehen soll. Soll er beispielsweise den Aussagen von Studenten



über die Studienbedingungen an einem Hochschulort vertrauen oder eher auf die Imageaussagen über einzelne Hochschulstandorte durch Personalleiter aus der Industrie setzen?

Mir persönlich scheint der *Prozeß*, der mit den publizitätsträchtigen Hochschulhitlisten angestoßen wurde, weitaus wertvoller zu sein, als die konkret produzierten *Inhalte*, über deren Zustandekommen sich Experten der empirischen Sozialforschung sicherlich über lange Zeit hinweg trefflich streiten könnten.

Das eigentliche Manko der Diskussion liegt meines Erachtens in ihrem sehr *hohen Abstraktionsgrad*. Die möglichen Ansatzpunkte für gezielte kleine Schritte der Verbesserung der Ausbildungsqualität und damit einer Verbesserung des *Kundennutzens* für die Studenten/innen treten damit nicht deutlich genug zutage. Seitens der Hoch-

schulen erschöpft sich die Reaktion auf die vorgebrachte Kritik allzu häufig in der (sicherlich nicht zu Unrecht) geäußerten Forderung nach einer besseren Finanzausstattung. Das hohe Abstraktionsniveau wird aber dadurch auch nicht konkretisiert. Denn was soll mit den Mitteln geschehen? Mehr von dem gleichen? Mehr Professoren, mehr Räume, mehr Bücher? Sicherlich drückt auch dort der Schuh. Aber hat man wirklich schon konsequent genug nach kleinen, *inkrementalen Verbesserungsschritten* gefahndet, die vielleicht deutlich kostengünstiger und schneller zu vollziehen sind als der „große Ausbau“ oder der „große reformerische Wurf“? Zudem: Wie realistisch ist es, bei der derzeitigen Lage der öffentlichen Haushalte auf eine deutlich spürbare Finanzspritze für die Hochschulen zu hoffen?

Zweifellos ist die Diskussion auf der globalen Ebene richtig und wichtig. Nachdem aber diese Auseinandersetzung eine hinreichende Dynamik hat, ein tragfähiger *Top-down-Prozeß* damit angestoßen wird, ist es meines Erachtens an der Zeit, intensiver über einen gegenläufigen *Bottom-up-Prozeß* nachzudenken und die kritische Reflektion stärker auf den *Ort der Begegnung zwischen Lehrenden und Lernenden* zu verlagern. Dieser Ort ist dominant immer noch die Vorlesung, Übung oder Seminarveranstaltung. Ich behaupte, Hochschullehrer wissen häufig überhaupt nicht (oder viel zu wenig), wie die Studenten (Kunden!) über ihre Veranstaltung (Produkt!) denken, was sie erwarten und was ihnen mißfällt bzw. sie in ihrem Lernprozeß fördert oder behindert.

Diese Situation hat *zwei mögliche Ursachen*:

1. Lehrende können oder wollen sich dem Feedback der Studenten nicht stellen. Wenn über viele Jahre hinweg bei Professoren die Qualifikation des konstruktiven Umgangs mit Kritik an den eigenen Lehrveranstaltungen nicht abgefordert wurde, dann ist es nicht überraschend, wenn diese Fähigkeit verkümmert. Mangelndes Wollen ist vielleicht auch durch die Befürchtung motiviert, auf vorgebrachte Kritik reagieren zu müssen, sich also als Person hinterfragen zu müssen bzw. das Verhalten ändern zu müssen. Da persönliche Veränderungsprozesse immer unbequeme Prozesse sind, sucht man sie vielleicht schon im Vorfeld zu vermeiden.
2. Studierende sind nicht bereit, offen und konstruktiv Kritik zu äußern. Zum einen gibt es Bedenken unter den Studenten, daß ein offenes Feedback zu persönlichen Nachteilen für sie führen könnte, zum anderen dominiert auch hier die Bequemlichkeit. Im Studentenkreis zu kritisieren ist allemal weniger anstrengungsintensiv als sich differenziert mit Inhalt und Ablauf einer Lehrveranstaltung auseinanderzusetzen und initiativ Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Studenten/innen nehmen damit tatsächlich existierende

¹ Gerhard Comelli, Studentische Vorlesungskritik. Mit wachen Augen trotzdem mitmachen! DNH 4/91, S. 12

² Siehe Meldung: „Hausberufungen nur bei positiver Veranstaltungskritik“ in DNH 5/93, S. 17

³ DNH Heft 1/1992 enthält dazu folgende Beiträge: Leitartikel „Schwarzer Peter“ (G. E.), Bericht und Presseinformation, „Neue Anstöße für die Lehre? (Christof Gramm), „Stärkung der Lehre an Fachhochschulen Baden-Württembergs“ (Werner Fischer). In *hlb forum* Band 4 ist das Kolloquium dokumentiert und kommentiert. Wenige Exemplare sind noch in der *hlb*-Geschäftsstelle vorhanden und abrufbar.

Einflußmöglichkeiten auf relevante Aspekte ihrer Studienbedingungen nicht wahr.

Die Verbesserung dieser Situation und damit Herstellung einer *offenen „Feedbackkultur“* stellt allerdings einen *komplexen Entwicklungsprozeß* für alle Beteiligten dar, der über einen längeren (wohl mehrjährigen) Zeitraum angelegt sein muß. Auf beiden Seiten muß *Feedbackfähigkeit* und *Feedbackreife* erst entwickelt werden.

Die Initialzündung muß dabei von den Lehrenden ausgehen. Sie haben – obgleich sie als „Betroffene“ Teil des Prozesses sind – die Rolle des Moderators einzunehmen. Das enthebt die Studierenden aber nicht einer fundamentalen Mitverantwortung für die Lebendigkeit und Dauerhaftigkeit der kritischen Auseinandersetzung. Gelingt die stabile Etablierung einer permanenten kritischen Reflektion, dann fließen wichtige Steuerinformationen zur Verbesserung der Lehr- und Lernsituation (und damit zu einer Effizienzsteigerung des gesamten Studiums) zum Dozenten.

Ein erster wesentlicher Schritt hin zu einer permanenten kritischen Reflektion stellen *regelmäßige Evaluierungen der Lehrveranstaltungen* durch die Studierenden dar. Meine Meinung ist daher: Die Evaluierung einer Lehrveranstaltung durch die Studenten zu Ende eines Semesters muß ebenso *integraler Bestandteil* und ebenso selbstverständlich sein, wie die Vorstellung von Gliederung und Literaturverzeichnis zu Beginn.

Als *Evaluierungsform* wäre sicherlich am wünschenswertesten der offene, persönliche Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden in großer Runde am letzten Veranstaltungstermin des Semesters. Denn in einem direkten Interaktionsprozeß kann das Feedback durch Rückfragen schrittweise präzisiert und können Unklarheiten ausgeräumt werden.

Wegen der vorher angesprochenen mangelnden Feedbackfähigkeit und -reife wird dieser zunächst wohl nur sehr eingeschränkte Erfolge bringen. Schweigen und (über-)vorsichtige Äußerungen werden bei den *Studenten* dominieren. Die *Lehrenden* werden vielleicht anfangs zu stark die Tendenz haben, zu kritischen Äußerungen sofort Stellung zu nehmen, sie zu entkräften oder ihr eigenes Verhalten zu erklären. Ein solcher „Verteidigungsreflex“ unterbricht aber den freien Feedbackfluß!

Daher erscheint als erster Schritt des beiderseitigen Entwicklungsprozesses der Einsatz eines *anonymen Fragebogens*, in dem sich die Studenten direkt nach Semesterende zu diversen Aspekten der Veranstaltung äußern können, eher angezeigt.

Dieser steigert – im Verbund mit einer entsprechend intensiven Kommentierung bei der Verteilung des Bogens – zunächst die Bewußtheit bei den Studenten, daß sie selbst via *differenziertes und zielgenaues Feedback* Einfluß auf Inhalt und Ablauf der Lehrveranstaltungen nehmen können, also für sie Spiel-

räume der Einflußnahme existieren. Gleichzeitig wird aber auch die Botschaft gesendet, daß von ihnen mehr als nur passives (mehr oder weniger zufriedenes) „Konsumieren“ einer Lehrveranstaltung erwartet wird.

Weiterhin steigert die Bearbeitung eines Fragebogens die Intensität der kognitiven und emotionalen Auseinandersetzung mit einem abgelaufenen Semester, rückt vielleicht schon vergessene Ereignisse und Empfindungen wieder ins Bewußtsein, hilft, diese in ihren Zusammenhängen und Vernetzungen zu erkennen und zu verstehen. In einem späteren Entwicklungsschritt kann der Fragebogeneinsatz daher auch eine gute Vorbereitung für eine folgende offene, persönliche Feedbackrunde sein.

Nachfolgend ist ein Fragebogen dargestellt, der vom Verfasser nach dem Sommersemester 1993 eingesetzt wurde.

Mit diesem Bogen wird *nicht* der Anspruch verfolgt, ein wissenschaftlich fundiertes, theoretisch „wasserdicht“ konzipiertes Instrument zur Evaluierung von Lehrveranstaltungen entwickelt zu haben. Ziel war vielmehr – frei nach dem Slogan „quick and dirty“ – von den Studenten auf möglichst kurzem Weg Feedbackinformationen zu erlangen, die als Steuerinformation gegebenenfalls schon im folgenden Semester berücksichtigt werden können.

Folgende Überlegungen waren für den Aufbau des Fragebogens leitend:

In den Items 1 bis 5 werden Globalbewertungen der Veranstaltung abgefragt. Diese einstimmende, spontane „Bewertung mit dem Bauch“ soll durch einen Prozeß der Intensivierung der Reflektionstiefe schrittweise in eine „Bewertung mit dem Kopf“ überführt werden. Dies soll erreicht werden, indem als nächster Konkretisierungsschritt in den Items 1 bis 10 des Blocks II die Aufmerksamkeit der Studenten/innen gezielt auf einzelne Aspekte der Veranstaltung gelenkt wird und dann in den offenen Stellungnahmen 1 und 2 in Block III eine Begründung für die vorhergehenden Einschätzungen abgefordert wird. Diesem Vorgehen liegt die Hypothese zugrunde, daß der Zwang zur Verbalisierung die Reflektionstiefe noch weiter steigert.

Mit der offenen Stellungnahme 3 soll neben dem *primären Ziel* des Einholens von konkreten Verbesserungsvorschlägen auch das *sekundäre Ziel* erreicht werden, die Botschaft zu übermitteln, daß die Qualität einer Lehrveranstaltung auch durch Verbesserungsinitiativen der Studierenden gesteigert werden kann.

Stellungnahme 4 wurde aufgenommen, um die durch den Fragebogen bis zu diesem Punkt entstandene kognitive und emotionale Durchdringung der eigenen Studiensituation auch für kritische Äußerungen zur Gesamtsituation an einer Hochschule zu nutzen. Den Studierenden wird damit Gelegenheit gegeben, zusätzlich auf Umstände aufmerksam zu machen, die ihre Studienzufrieden-

heit beeinträchtigen oder einfach nur im Sinne einer verbesserten Psychohygiene einmal „Frust abzuladen“. Um das eigentliche Ziel des Fragebogens aber nicht zu verwässern, wurde auf eine weitere Konkretisierung bewußt verzichtet.

Der letzte Teil IV des Fragebogens steht mit der Veranstaltungsevaluierung durch die Studierenden nur in losem Zusammenhang. Die durch die bisherige Bearbeitung des Fragebogens erreichte „gedankliche Offenheit“ für die eigene Lernsituation soll gezielt genutzt werden, um eine *kritische Reflektion des eigenen Studierverhaltens* anzustoßen. Ziel ist ein höheres Bewußtsein für die eigene Mitverantwortung am Studienerfolg und eine höhere Bereitschaft zum systematischen Durchlaufen von *Selbstentwicklungsprozessen*. Weg vom „passiven Treibenlassen“ und hin zur „aktiven Beeinflussung“ des eigenen Studierverhaltens. Vom Aufbau her folgt dieser Fragebogenteil der „Dramaturgie“:

1. Betroffenheit und Leidensdruck erzeugen (Fragen 1 bis 5, Item 7),
2. Ursachenanalyse für suboptimales Studierverhalten anstoßen (exemplarisch durch Frage 6) und
3. Optimierungsmaßnahmen planen (Stellungnahme 8).

Selbstverständlich können die wenigen Fragen/Items keine fundierte Analyse des eigenen Studierverhaltens ermöglichen. Sie haben eher eine *symbolhafte Funktion* und sollen lediglich eine Initialzündung für intensiveres Reflektieren liefern. Dieser Prozeß muß dann in weiteren Diskussionen/Beratungen (v. a. innerhalb der Lehrveranstaltungen) unterstützt werden.

Man kann sicherlich darüber geteilter Meinung sein, ob mit Teil IV nicht eine Überdosis des „erhobenen Zeigefingers“ verabreicht wird. Andererseits verpflichtet aber die derzeitigen hohen Quoten von Studienabbrechern geradezu, die Studierenden deutlich auf die Zusammenhänge zwischen Studienerfolg und seine auslösenden Erfolgsfaktoren aufmerksam zu machen.

Grund für die Publikation dieses Feedbackbogens ist die Überzeugung des Verfassers, daß ein intensiverer Meinungsaustausch über solche Instrumente im speziellen und über Fragen der Hochschuldidaktik im allgemeinen vonnöten ist, um das eingangs skizzierte hohe Abstraktionsniveau der Diskussion um die Qualität der Hochschulausbildung auf die operative Handlungsebene herunterzubrechen. Kritik, Gegenvorschläge und Ergänzungen, sind daher explizit erwünscht. Gerade Studenten sind aufgerufen, sich zu der Frage zu äußern, welche Aspekte einer Lehrveranstaltung zusätzlich einer Evaluierung unterzogen werden sollten.

Anschrift des Verfassers:
Prof. Dr. Klaus Watzka
Fachhochschule Jena
Fachbereich Betriebswirtschaft
Leutragraben 8
07743 Jena

RÜCKMELDEBOGEN

Vorlesung:

Semester:

Gruppe:

Durch die Bearbeitung dieses Fragebogens haben Sie die Möglichkeit anonym eine Bewertung der Vorlesung im abgelaufenen Semester vorzunehmen. Sie können positive und negative Kritik äußern und so gegebenenfalls Veränderungsimpulse setzen. Nutzen Sie diese Chance auch in Ihrem eigenen Interesse!

I. Geben Sie bitte zunächst einige globale Urteile über die Vorlesung ab.

1. Ich fand die Vorlesung
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
2. Wie gerne haben Sie die Vorlesung besucht?
 sehr gern gern unterschiedlich weniger gern ungern
3. Schätzen Sie bitte ein, wieviel Nützliches Sie für Ihren weiteren Berufsweg gelernt haben.
 sehr viel viel einiges wenig überhaupt nichts
4. Würden Sie die Vorlesung wieder besuchen, wenn Sie die völlig freie Wahl hätten?
 ja vielleicht nein
5. Wie stufen Sie die Veranstaltung im Vergleich zu anderen Vorlesungen ein, die Sie im aktuellen Semester bzw. in früheren Semestern besucht haben?
 deutlich besser besser gleich gut schlechter deutlich schlechter

II. Setzen Sie sich jetzt bitte mit einzelnen Aspekten der Vorlesung auseinander.

1. Auswahl/Zusammenstellung des Lehrstoffes
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
2. Didaktischer Aufbau der Vorlesung
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
3. Verständlichkeit/Nachvollziehbarkeit der Ausführungen des Dozenten
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht

• Prof. Dr. Klaus Watzke • Fachhochschule Jena • Evaluierung SS 1993 •

2. Das hat mir überhaupt nicht gefallen.
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

3. Ich habe folgende Verbesserungsvorschläge/Anregungen/Tips:
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

4. Und das wollte ich bei dieser Gelegenheit auf alle Fälle auch noch loswerden:
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

4. Vortragsstil des Dozenten
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
5. Einsatz von didaktischen Hilfsmitteln (Projektor, Tafel, Beispiele, Unterlagen etc.)
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
6. Einbeziehung der Teilnehmer
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
7. Beantwortung von Fragen und Berücksichtigung von Diskussionsbeiträgen
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
8. Engagement des Dozenten
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
9. Kurzweiligkeit/Interessantheit der Veranstaltung
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht
10. Praxisbezug
 sehr gut gut befriedigend mäßig schlecht

III. Geben Sie jetzt bitte noch einige kommentierende, verbale Aussagen ab. Vor allem sollten Sie besonders schlechte bzw. besonders gute Bewertungen, die Sie auf den obigen Skalen vorgenommen haben, näher erläutern.

1. Das hat mir besonders gut gefallen:
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

IV. Der letzte Teil des Fragebogens bezieht sich auf Ihre Person und Ihr Lernverhalten. Es wäre erfreulich, wenn Sie auch diese Fragen beantworten würden. Falls Sie sich dazu entschließen, dann seien Sie bitte ehrlich zu sich selbst und reflektieren Sie kritisch das eigene Studienverhalten.

1. Wie häufig haben Sie sich (durch Literatur) auf eine Veranstaltung vorbereitet?
 meistens mindestens viermal höchstens viermal nie
2. Wie häufig haben Sie eine Veranstaltung nachbereitet?
 relativ regelmäßig mindestens viermal höchstens viermal nie
3. Arbeiten Sie in einer Lerngruppe/Arbeitsgemeinschaft?
 regelmäßig häufig selten nie
4. Lesen Sie begleitend zu Ihrem Studium Fachliteratur?
 häufig manchmal selten nie
5. Haben Sie sich schon einen Überblick über den Bücher-/Zeitschriftenbestand und die Aufbausystematik Ihrer Hochschulbibliothek verschafft?
 ja nur sehr oberflächlich nein
6. Welche Gründe sind dafür ausschlaggebend, daß ich mich bislang nicht/kaum aktiv in den Lehrveranstaltungen beteiligt habe?
.....
.....
.....
7. Mein Studium werde ich bis zum Diplom fortführen
 auf alle Fälle bin unsicher eher nein
8. Für das nächste Semester nehme ich mir folgendes vor, um die Effizienz meines Studiums zu steigern:
.....
.....
.....

Bitte geben Sie den ausgefüllten Bogen in der nächsten Lehrveranstaltung bei mir ab bzw. lassen Sie ihn mir in einem verschlossenen Umschlag über den Postkasten des Fachbereichs (Ebene 4) oder über Ihre(n) Gruppensprecher zukommen.

Herzlichen Dank für Ihre Mühe und eine schöne vorlesungsfreie Zeit!

Zöllner reagiert auf hlb-Flugblatt

Der Minister für Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz, Professor Dr. Jürgen Zöllner (SPD), hat auf das hlb-Flugblatt¹ mit einem Schreiben reagiert. Minister Zöllner stellt heraus:

- Diese Landesregierung hat schon mit dem ersten von ihr verantworteten Doppelhaushaltsplan der FH des Landes überproportional mehr Stellen und Mittel zur Verfügung gestellt. Allein im unterstützenden Bereich – Werkstätten, Laboratorien, Verwaltung – hat die FH 27 Stellen erhalten.
- Umfassendere Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre als allein die Evaluierung durch die Studierenden sind notwendig. Stellenreduzierungen sind in Rheinland-Pfalz nicht geplant.
- Die Dekane müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ordnungsgemäß und effizient zu erfüllen. „Ich habe keinen *Durchgriff der Ministerien* auf die Dekane vor, sondern meine wie Sie, daß diese Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung der Hochschulen erledigt werden müssen.“
- Die Verkürzung der Studienzeiten ist auch an den Fachhochschulen ein vorrangig in Angriff zu nehmendes Ziel. Eine „Studienreform von oben“ und quantitative Vorgaben beabsichtige ich nicht; „wenn und solange die Hochschulen die Verkürzung der Studienzeiten ernsthaft und mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen“. „Ich weiß sehr wohl, daß die Verkürzung der Studienzeiten nur mit, nicht ohne oder gar gegen die Hochschulen möglich ist.“
- Die Probleme Professoren-Besoldung und ihre Lehrverpflichtung können nur mit langem Atem und in kleinen Schritten angegangen werden. „Ich halte diese Themen für wichtig und bemühe mich, sie im Rahmen meiner Kompetenzen anzugehen.“
- „Es entspricht meiner festen Überzeugung, daß die Absolventen der Fachhochschulen im öffentlichen Dienst nicht angemessen bezahlt werden. Auch hier nehme ich die These von der *Andersartigkeit, aber Gleichwertigkeit* ernst.“ Eine interministerielle Arbeitsgruppe in Rheinland-Pfalz befaßt sich mit dieser Problematik; sie soll der Landesregierung sachdienliche Vorschläge machen.

Universitäre Kleriker und die Pastoralassistenten

Ebenfalls seit dem 2. Vaticanum bemüht man sich in der Bundesrepublik verstärkt um die Ausbildung und den Einsatz von „Pastoralassistenten“, wie man die früheren „Seelsorgehelfer(innen)“ umbenannt hat. Tatsächlich könnte hier eine große Chance der katholischen Kirche liegen: *Die katholischen Fachhochschulen* für Theologie könnten einen Ort bilden, an dem – endlich – religiöse Erfahrung und Reflexion sich wieder wechselseitig befruchteten, an dem die Entfaltung der Persönlichkeit einen größeren Raum einnahme als innerhalb des intellektuellen und moralischen Formalismus heutiger Priesterausbildung, und an dem die «Dozenten» selber den Status steriler Schriftgelehrsamkeit verließen und sich als gemeinsam Lernende an der Seite ihrer «Schüler» begriffen. Ansätze dazu bestehen durchaus, indem die Fachhochschulen sich sehr zu Recht weigern, in den Rang von theologischen Fakultäten zweiter Klasse abgeschoben zu werden, und auf ihre Eigenart und Eigenständigkeit pochen. Aber es geht nicht. Es scheitert (mal wieder!) an den beiden selbstgeschaffenen Haupthindernissen der katholischen Kirche: an den Fragen von Geld und Macht: Die Beschäftigung zahlreicher Pastoralassistenten bedeutete einen beträchtlichen Anstieg der Personalausgaben in den Diözesankassen – Kosten, die man sich angeblich nicht leisten kann, und sie bedeutete einen Schwund an klerikalem Einfluß. Tatsächlich sind die Bewerbungen an den wenigen theologischen Fachhochschulen heute etwa zwei- bis dreimal so hoch wie die Zahl der eingerichteten Studienplätze – man sage nicht, in der Bevölkerung bestehe kein Interesse an Religion und Kirche; ein vergleichbares Phänomen existiert übrigens auch in den evangelischen Landeskirchen, die inzwischen weit mehr Theologen ausbilden, als sie Gemeindestellen einzurichten vermögen. Man macht sich in den Behörden der katholischen Kirche indessen anscheinend immer noch keine rechte Vorstellung davon, was es bedeutet, wenn zahlreiche junge Leute, die zur Mitarbeit in der Kirche bereit wären, einfach per Post auf dem Verwaltungswege kaltgestellt werden, noch ehe sie überhaupt eine Gelegenheit bekommen, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Die Gründe, warum von den 75% der abgelehnten Bewerber auf den Studienplatz an einer theologischen Fachhochschule dieser oder jener *nicht* angenommen wurde,

bleiben im einzelnen (natürlich?) geheim – es gibt keinen objektivierbaren Schlüssel wie etwa die Numerus-Klausus-Bestimmungen in vergleichbaren anderen Fächern; und so spielt im Einzelfall ein nicht geringes Maß an Zufall und Willkür die Rolle des Schicksals für so manchen Studienbewerber. . . .

Tatsächlich zeigt besonders die Frage der *«Laienpredigt»*, wo die eigentlichen Schwierigkeiten der katholischen Kirche mit ihren Pastoralassistenten (und Diplomtheologen) liegen. Die jungen Absolventen der Fachhochschulen verstehen in der Regel von moderner Theologie und Bibelauslegung entschieden mehr als – sagen wir – die meisten Pfarrer, die vor 1962 ihre Examina gemacht haben und (man darf ehrlich sprechen) auf dem Stand ihres «Wissens» von damals stehen geblieben sind. Doch eben diese offensichtliche Tatsache darf nicht offenkundig werden, und so scheint es der katholischen Kirche immer noch vorteilhafter, auf der Fiktion der theologischen Kompetenz ihrer Kleriker zu bestehen, als wenigstens im seelsorglichen Arbeitsbereich für eine gewisse Entlastung und höhere Effizienz ihrer eigenen Priester im Amt zu sorgen.

(Eugen Drewermann, *Kleriker. Psychogramm eines Ideals*, Olten (Walter-Verlag), 1989, S. 216 f.)

Die deutschen Fachhochschulen im europäischen Binnenmarkt

Über dieses Thema referierte Professor Dr. Dietrich Grille, Vizepräsident des hlb e.V., in einer Veranstaltung des VHB (Verband der Hochschullehrer an den Fachhochschulen Bayerns) am 27. 10. 93 in Nürnberg.

Einige Thesen aus seinem Vortrag:

Der vom Bundesverfassungsgericht „zurückgepflockte“ Vertrag von Maastricht entfaltet seine Wirkung auf das deutsche Bildungssystem, also auch auf die Fachhochschulen, nicht über die neugefaßten bildungspolitisch relevanten §§ 126 und 127, sondern über die reale europäische Entwicklung selbst. Die Erfordernisse des Beschäftigungssystems schlagen auf die Ausbildungssysteme durch. Neben der „Einstellungsqualität“ wird das „Einstellungsalter“ von Hochschulabsolventen zunehmend wichtiger. Die Forderung von HRK-Präsident Erichsen, die Prüfungsrelevanz von Spezialwissen zu verringern, um das Studium studierbar zu machen, kann für FH-Absolventen eine Minderung der „Einstellungsqualität“ bedeuten.

¹ „Betroffen? Bildungsgipfel: Belastung ohne Entlastung“ Beilage zu DNH Heft 4/93

Der „Exportschlager Fachhochschule“ ist schon in die neuen Länder hinein nur bedingt zum Erfolg geraten. Sie heißen im Freistaat Sachsen „Hochschulen für Technik und Wirtschaft (FH)“, womit „Fachhochschule“ auf ein redundantes oder gar unverständliches Kürzel geschrumpft ist. Durch Umbenennung der britischen Polytechnics in Universitäten sind den deutschen Fachhochschulen tendenziell die bisherigen Partner abhanden gekommen.¹ Auch französische Institute gehen auf Distanz zu den Fachhochschulen.²

Diese Entwicklung trifft nicht nur die Repräsentanten der deutschen Fachhochschulen, sondern auch den Hochschullehrerbund als Interessenvertretung der Fachhochschulprofessoren. Die Fachhochschule ist binneneuropäisch weitgehend isoliert. Auf institutioneller wie auf verbandlicher Ebene fehlen die Gesprächspartner in den europäischen Ländern.

Der *hfb* sollte Konsequenzen ziehen: Die Sache der deutschen Fachhochschulen und ihrer Professorinnen und Professoren muß verbandspolitisch auch auf europäischer Ebene vertreten werden.

¹ Vgl. Günther Edler, Polytechnics wurden Universitäten, DNH 6/92, S. 14 f.

² Vgl. „Deutsch-französische Hochschulpartnerschaft aufgekündigt“ – Rubrik „Informationen und Berichte“, DNH 1/93, S. 20

Auf hoher See ...

und vor Gericht sind wir alle in Gottes Hand

„Die Festsetzung höherer Lehrverpflichtung für Professoren an Fachhochschulen im Verhältnis zu denen für Professoren an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in § 1 Abs. 1 der Lehrverpflichtungsverordnung vom 24. 02. 1986 (GBl. Seite 46) verstößt nicht gegen den Gleichheitssatz.“ Diesen Leitspruch des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg haben sich baden-württembergische FH-Professoren mit einer Normenkontrollsache eingehandelt.¹ Das Gericht sollte die Vorschrift der Lehrverpflichtungsverordnung für nichtig erklären, wonach Professoren an Fachhochschulen 18 Lehrveranstaltungsstunden zu leisten haben. Das Gericht hielt den Normenkontrollantrag für zulässig, in der Sache jedoch nicht für begründet.

Die Stuttgarter Zeitung berichtete darüber unter der Schlagzeile: Fachhochschul-Professoren müssen mehr arbeiten.² *hfb*-Vizepräsident Grille, Prorektor in Nürnberg, widersprach in einem Leserbrief:³

„Fachhochschul-Professoren müssen keineswegs mehr arbeiten als Universitäts-Pro-

fessoren, sie sollen nur die Lehre anteilig besser bedienen als jene Kollegen, die für Deutschland die Nobel-Preise zu gewinnen haben. Der Unterschied gleicht im Prinzip der Differenz zwischen Arbeitern und Angestellten. Schon König Salomo aber hatte entschieden, daß als Arbeiter gelte, wer arbeiterrentenrechtlich, als Angestellter hingegen, wer angestelltenrentenrechtlich versichert sei.

Nach diesem salomonischen Paradigma orientierten sich die Bundesverfassungsrichter anno 1983. Wer an einer Universität tätig ist, gilt als Professor de luxe. Als Professor schlechthin gilt, wer an einer Fachhochschule lehrt. Das ist alles nicht neu in *very old Germany*. Kant war seit 1781 ein weltberühmter Mann, aber in der Königsberger Universität nur ein „lieber Getreuer“ seines Landesherrn. Er gehörte zur „unteren“ Fakultät, leistete ein volles FH-Deputat ab und Überstunden dazu. Noch den fast 70jährigen Nichtruheständler fuchsten die Begleitumstände, so daß er 1791 mit seiner Schrift „Vom Streit der Fakultäten“ in die Vollen ging – wie unlängst die Pforzheimer Kollegen.

Kant hatte damals literarisch genausowenig obsiegt wie die Kollegen heute juristisch gewinnen konnten. Man kann sich fragen, wieso unsere überlasteten Gerichte derartige Prozesse zur akademischen Kleiderordnung überhaupt annehmen? Mutato nomine? Unter einem anderen Namen verhandle ich meine Sache?

Wie auch immer: Die Rückverweisung an die jeweilige Landespolitik war das Falscheste nicht, was die Richter tun konnten. Die Kulturpolitiker wollen den Fachhochschul-Professoren mit ihrem Beharren auf einem Lehrdeputat von 18 und mehr Stunden bedeuten, in Forschung und Entwicklung keinesfalls mehr leisten zu sollen als weiland Immanuel Kant? Garantieren sie ihnen auch, sich nicht rechtfertigen zu müssen, wenn sie gelegentlich einen geringeren Output in ihren Record schreiben als die notorischen Verlierer von Nobelpreisen? Dann – ja dann können sie sich leicht darauf einrichten. Die Politik muß es ihnen nur klar und deutlich sagen.“

Mit dem Bericht der Kommission Fachhochschule 2000 hat das Land Baden-Württemberg den Eindruck erweckt, es wolle seine Fachhochschulen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ausbauen. Die Argumentation des beklagten Ministeriums für Wissenschaft und Kunst wird diesem Anspruch nicht gerecht:

Erstens orientiere sich die Lehrverpflichtung an der einschlägigen Vereinbarung der Kultusministerkonferenz. Hierbei handele es sich um Erkenntnisquellen für die Angemes-

senheit von Lehrverpflichtungen aufgrund von Erfahrungswerten, von denen nur abgewichen werden könne, wenn (im Einzelfall) gewichtige Gründe nachgewiesen seien.

Zum anderen sei im Verhältnis zu den übrigen Lehrpersonen, deren Lehrverpflichtungen in der Verordnung geregelt sind, kein Verstoß gegen den Gleichheitssatz gegeben. Angesichts der besonderen Ausbildungsaufgabe der Fachhochschule sei die Lehrtätigkeit der dortigen Professoren anders einzuschätzen als bei Professoren an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Die anwendungsbezogene und berufsorientierte Lehre der Fachhochschulen bedinge den Kleingruppenunterricht, der im Gegensatz zu den Massenveranstaltungen an den Universitäten weniger (!) Vor- und Nachbereitung erfordere. Der regelmäßig höhere Betreuungsaufwand, der bei der Kapazitätsberechnung im sog. Curriculurnormwert ausgedrückt werde, werde durch geringere Studentenzahlen aufgefangen. Den Fachhochschulen obliege auch nicht die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; das Fehlen des akademischen Mittelbaus führe nicht zu einer Mehrbelastung der dortigen Professoren.

Diesen Argumenten ist der Verwaltungsgerichtshof gefolgt. Um es nicht ganz mit den FH-Professoren zu verderben, hat das Ministerium ein zartes Pflänzchen Hoffnung nicht ganz ausgerissen:

Das hohe Lehrdeputat für Professoren an Fachhochschulen sei nur solange zumutbar, als große Studentenzahlen unter schwierigen finanzwirtschaftlichen Bedingungen auszubilden seien. Das Land habe sich daher vorbehalten, die Lehrverpflichtung der Fachhochschulprofessoren nach dem Außerkrafttreten der Lehrverpflichtungsverordnung zum 31. 12. 1995 herabzusetzen. Ob dann weniger große Studentenzahlen unter weniger schwierigen finanzwirtschaftlichen Bedingungen auszubilden sind – wer wagt das schon zu hoffen?

¹ VHG Baden-Württemberg, Normenkontrollbeschuß vom 29.04.1993 – 4 S 1092/92 –

² Nr. 158 vom 13. Juli 1993

³ Hier in gekürzter Fassung abgedruckt

Informationen und Berichte

„Das Basislager“

Bildungs- und forschungspolitisches Grundsatzgespräch am 11. 11. 93

Aus dem Statement des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft¹

Im Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland wird die zentrale Bedeutung von Bildung und Ausbildung für die Standortsicherung hervorgehoben. ... Der Standortbericht beschreibt die erforderlichen Handlungsbe- reiche und das sogenannte Eckwertepapier² die umgehend zu ergreifenden Maßnahmen im einzelnen. Beide in ihren wesentlichen Aussagen voll kompatiblen Unterlagen sind mit der Einladung zu diesem Gespräch ver- sandt worden. Ich kann mich daher auf eine Darstellung der aus meiner Sicht bedeutsam- sten Inhalte beschränken, zu denen ... ein weitestgehender gesellschaftlicher Konsens erreicht ist und zu denen nun politische Ent- scheidungen erforderlich sind.

Effizienzsteigerung des Hochschul- und Forschungssystems durch strukturelle, organisatorische und inhaltliche Reformen

(1) Zu der dringend erforderlichen Struk- turanpassung gehören als wesentliche Ele- mente:

- Im Universitätsstudium muß zwischen einem berufsqualifizierenden grundstän- digen Studium einerseits und darauf aufbauend der Ausbildung des wissen- schaftlichen Nachwuchses für wissen- schaftliche Berufstätigkeit andererseits unterschieden werden.
- Der weitere Ausbau der Fachhochschulen – einschließlich der teilweisen Über- führung universitärer Ressourcen in den Fachhochschulbereich – muß dessen An- teil an der Studienplatzkapazität erheb- lich erhöhen. Dieser äußere Ausbau muß durch eine fachliche Erweiterung des Studienangebots – einschließlich der Überführung von universitären Studi- engängen begleitet werden.
- Die beabsichtigte Erweiterung des Fach- hochschulanteils am gesamten Hoch- schulsystem muß von verbesserten Per- spektiven der beruflichen Entwicklung von Fachhochschulabsolventen im öf- fentlichen Dienst begleitet werden.

(2) Die Umsetzung dieser Reform erfor- dert ein Bündel aufeinander abgestimmter organisatorischer Maßnahmen, die für Hochschulen und Studierende verpflichtend wirken müssen. Dies sind vor allem:

- Unterstützung der Studierenden in der Organisation des Lernprozesses;
- Verbesserung der Studien- und Prüfungs- organisation durch die Hochschulen;

- Einführung von Fristen für die Ablegung und Wiederholung der Prüfungen;
- Verpflichtung der Hochschulen zur regel- mäßigen Vorlage von Berichten über die Qualität der Lehre.

(3) Die inhaltliche Reform der Hochschul- ausbildung duldet keinen weiteren Aufschub und muß nach jahrelangen, überwiegend vergeblichen Bemühungen nun gesetzlich normiert werden, und zwar sowohl durch das Rahmenrecht des Bundes als auch – parallel – durch entsprechende Gesetzgebung der Länder. Dazu gehören auch die Aktualisie- rung des Dienstrechts für Hochschullehrer unter Leistungsgesichtspunkten. Folgende Grundsätze sollten dabei beachtet werden:

- Bund und Länder sollten sich darauf be- schränken, die wesentlichen Eckdaten hochschulrechtlich und durch Verwal- tungsmaßnahmen vorzugeben. Ggf. sind Anreize zu gestalten, die die Hochschu- len zur Umsetzung der Maßnahmen mo- tivieren und zu einem erhöhten Wettbe- werb untereinander führen.
- Besonders wichtig ist die Stärkung der Finanzautonomie der Hochschulen durch Globalisierung und Flexibilisierung der Hochschulhaushalte.
- Ebenso wichtig ist die Zuweisung der Grundausrüstung an Stellen und Sach- mitteln für die Lehre nach den Lehrlei- stungen der Hochschule.

Berufliche Bildung

... Ein Meister-, Techniker- oder ver- gleichbarer Fortbildungsabschluß sollte in geeigneter Weise zum Besuch einer Hoch- schule berechtigen ...

Dauer der Schulzeit

Die Länderseite akzeptiert aus verschiede- nen Gründen nicht unsere Forderung, die Dauer der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre zu verkürzen und diese Verkür- zung mit zuverlässigen Maßnahmen zur Si- cherung der Studierfähigkeit (Fächerkanon bis zum Abitur, Zentralabitur auf Landes- ebene) zu verbinden. Ich halte diese Forde- rung dennoch aufrecht ...

Finanzierung

Die von den Regierungschefs von Bund und Ländern ... eingesetzte Arbeitsgruppe hat im Eckwertepapier ..., und zwar im Kon- sens zwischen Bildungs- und Finanzminister – festgestellt, daß trotz der Reformmaßnah- men für die gestiegenen Aufgaben in Bil- dung, Wissenschaft und Forschung Mehr- aufwendungen entstehen, für die Vorsorge zu treffen ist.

¹ Vorgetragen von Staatssekretär Dr. Fritz Schaumann – Presseinfo 120/1993

² der Bund-Länder-Arbeitsgruppe



neu

Version 2.0
der PC-Software

Abschätzung der Wirtschaftlichkeit von Kraft-Wärme-Kopplung

- Datenbank mit 139 Komponentenarten
- KWK-Anlage mit beliebig vielen Komponenten
- Jährlich wechselnde Betriebsdaten möglich
- Speicherung der Projektdaten und schnelle Änderung zur Sensitivitätsanalyse
- Umfangreiches Protokoll mit Brennstoff- und Emissionsbilanz
- Menüführung, Maskeneingabe, integrierte Hilfe

Resch-Media Mail Verlag GmbH

Postfach 1260 · 82154 Gräfelfing

- Ich bestelle die PC-Software „KWK“ für DM 184,-
- Ich bestelle die PC-Software „KWK“ und das Buch „Die KWK-Fibel“ für DM 240,-
- Ich bestelle eine kostenlose Demo-Diskette
Diskettenformat: 3,5" 5,25"

Name

Firma

Straße, Postfach

Ort

Datum/Unterschrift

Zeitverträge für Professoren – ein wohlfeiles Rezept

Was rettet unser Hochschulwesen vor dem Niedergang? Sabine Etzold fragte Konrad Schily, den Präsidenten der (privaten) Universität Witten-Herdecke (Die Zeit, 12. 02. 93, Seite 34).

Was würden Sie tun, wenn Sie Universitätsminister wären? Konrad Schily antwortete: „Als allererstes würde ich danach trachten, den anstehenden Generationswechsel bei den Hochschullehrern zu nutzen und in den Hochschulen meines Einflußbereiches keine Verbeamtung mehr vorzunehmen.“ Auf die Nachfrage, was ausgerechnet am Beamtentum so schlimm ist, sagte Schily: „Ich will es mal ganz hart beschreiben: Die Fachhochschulen suchen Professoren, die Berufserfahrung haben. Wenn die Verbeamtung winkt, dann melden sich gerne die, die im Beruf nicht sonderlich erfolgreich sind. Das muß man ganz deutlich sagen. Dann sind sie verbeamtet und können auch als Professoren so wenig erfolgreich sein, wie sie wollen; sie werden immer dort bleiben. Bei einer Nichtverbeamtung könnte eine Fachhochschule Zeitverträge abschließen. Das gleiche gilt für die Hochschulen. Das Sich-trennen-Können von Menschen ist ja ganz heilsam.“

DIE ZEIT druckte in Nr. 10 den folgenden Leserbrief:

„Konrad Schily, Präsident der Privatuniversität Witten/Herdecke, bemüht die Fachhochschulen als Beispiel: Die Verbeamtung locke wenig erfolgreiche Praktiker in die Hochschulen, wo sie dann ungeachtet ihres Erfolges als Hochschullehrer für immer bleiben. Und er empfiehlt Zeitverträge als Abhilfe.“

Schade, daß Herrn Schily nicht die Universitäten als Beispiel eingefallen sind. Die dortige Ochsentour zum beamteten Professor bringt auch nicht zwingend den Idealprofessor hinter das Katheder. Ungeachtet des auch für die Universitäten geltenden gesetzlichen Auftrages, den Studierenden einen berufsqualifizierenden Abschluß zu vermitteln, müssen die Universitätsprofessoren keine besonderen Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden im Beruf außerhalb der Hochschulen nachgewiesen haben, um berufen werden zu können.

Eins ist sicher: Für Zeitverträge mit im Beruf erfolgreichen Praktikern wird der Staat erheblich mehr aufzuwenden haben als für beamtete Hochschullehrer. An

den Fachhochschulen sind zu den geltenden Konditionen schon jetzt viele Professuren nicht besetzbar. Zeitverträge für Professoren wären schlechthin das Instrument, die für die Universitäten zunehmend lästige Konkurrenz der Fachhochschulen zu beseitigen.“ Die beiden letzten Sätze des Briefes fielen der Schere der Zeit-Redaktion zum Opfer:

„Es wäre unfair, Herrn Schily diese Absicht zu unterstellen; er befindet sich mit seiner Privatuniversität in einer beneidenswerten Nische des deutschen Hochschulsystems. Aber es wäre ihm schon anzuraten, Beispiele aus einem ihm vertrauteren Bereich zu wählen.“

Der damalige Präsident des Hochschullehrerbundes, Professor Dr. Reiner Brehler, schrieb am 18. 03. 93 an Dr. Konrad Schily u. a.:

„Mit Erstaunen lese ich von der Flucht der ‚Erfolglosen‘ aus der Industrie in die Fachhochschule. Wie denn ließe sich der unbestreitbare Erfolg der Fachhochschulen ... unter Ihrer Prämisse erklären? Hier wäre ein Hinweis auf die ungünstige Entwicklung der Situation an den Universitäten angebracht gewesen. Für eine verbesserte Rekrutierung der „Erfolgreichen“ aus Industrie, Wirtschaft und Verwaltung schlagen Sie das Instrument der Zeitverträge vor. Glauben Sie im Ernst, ein in der Wirtschaft „Erfolgreicher“ wird sich in das Abenteuer eines Zeitvertrages mit ungewissem Ausgang begeben?“

An der Fachhochschule erwarten ihn 18 Semesterwochenstunden Lehrverpflichtung, eine große – und ich meine zu große – Zahl von Studierenden, die intensiv betreut werden wollen, und eine Vielzahl von Klausuren und Diplomarbeiten, die fristgerecht korrigiert werden müssen; und das in 38 Wochen im Jahr gegenüber 27 Wochen an den Universitäten.

Glauben Sie tatsächlich, daß Zeitverträge unter diesen Umständen das geeignete Instrument darstellen, die Attraktivität des Professorenamtes an Fachhochschulen für qualifizierte Bewerber aus Wirtschaft und Verwaltung zu steigern? Bei der Annahme eines fünfjährigen Zeitvertrages bleibt dem Betroffenen gerade so viel Zeit, den Grundstock für eine erfolgreiche Lehre zu legen. Eine Profilierung, geschweige denn Weiterqualifizierung z. B. in der Forschung, ist unter diesen Bedingungen nahezu ausgeschlossen ...

Die Steigerung der Attraktivität des Professorenamtes ... läßt sich allein über positive Anreize erreichen. Hierzu ist es

dringend erforderlich, die unzureichende Besoldung nachhaltig zu verbessern ... Des weiteren ist zur Qualitätssteigerung die Lehrverpflichtung zu senken ... Alle anderen Vorschläge müssen ins Leere laufen und stellen eine nachhaltige Gefährdung für die Qualität der Lehre an den Fachhochschulen dar.“

Aus Konrad Schilys Antwort: „Insgesamt haben Sie sicher Recht, daß eine so kurze Vereinfachung, wie ich sie im Interview gewählt habe, nicht zutreffend ist. Worauf es meines Erachtens ankommt, ist, die Durchlässigkeit zwischen Industrie und Fachhochschulen, aber auch zwischen Industrie und Hochschulen (!) zu verbessern. Die Fachhochschulen haben da einen großen Teil an Arbeit geleistet, und ich bedauere, wenn dies in irgendeiner Weise von mir als abqualifizierend verstanden würde. Wofür ich plädiere, ist eine weitgehend entbürokratisierte Hochschullandschaft einschließlich der Fachhochschulen. Dann würde man sich über Zulagen etc. und Kapazitätsverordnungen nicht mehr zu streiten haben.“

DEN **GERECHTIGKEIT**
Armen

Brot
für die Welt
Postgiro Köln 500 500-500

Der staatlich bewirtschaftete Geist¹

So lautet der Titel des Buches, das Konrad Schily, der Präsident der 1983 gegründeten (privaten) Universität Witten-Herdecke jüngst vorgelegt hat. „Es handelt von der Trennung von Staat und Bildungseinrichtungen. Es tritt dafür ein, die staatliche, planwirtschaftliche Administration von Studium und Forschung aufzuheben. Es tritt ein für die Autonomie der Hochschulen in Forschung, Lehre, Personalgestaltung, Studentenauswahl für wirtschaftliche Unabhängigkeit der Universitäten und ihre radikale Entbeamtung. Es tritt dafür ein, daß Freiheit, Wahrheit und soziale Verantwortung sich in unabhängigen Bildungseinrichtungen ständig bewahren müssen. Der Staat muß diesen Freiheitsraum geben; wenn er ihn verwaltet, löst er die gewährte Freiheit auf.“

So heißt es im Vorwort. Für Schily sind Universität und Hochschule synonym. Seine Vorschläge zielen auf die Reform der Universität; diese ist ihm als Mediziner und Psychiater und Gründer und Präsident von Witten-Herdecke wohl bekannt. Fachhochschulen werden nicht erwähnt. Die Gefahr ist, daß Analysen, Wertungen und Rezepte unbesehen auf die Fachhochschulen übertragen werden. So ist es beispielsweise mit der Qualität der Lehre, die – nach Schily – an unseren Universitäten immer schlechter geworden ist. Von den Programmen zur Studienzeitverkürzung und zur Erhöhung der Qualität der Lehre hält er nichts – „es klingt (?) alles nach sozialistischem Moder“. „Das Projekt Verbesserung der Qualität der Lehre wird einer weiteren Verschulung des Studiums massiv Vorschub geben.“ Wohl wahr.

Es versteht sich, daß Schily das Beispiel der privaten Universität Witten-Herdecke mit der Frage verbindet, Was ist übertragbar? Für die Wirtschaftswissenschaften zeichnet er das dort durchgehaltene Ideal eines Studienanfängers mit abgeschlossener einschlägiger Berufsausbildung, der während seines gesamten Studiums ein Praktikum im gewerblichen Bereich und eines im Management zu absolvieren hat und außerdem in einem permanenten Praktikum in einer Mentorenfirma arbeitet. Hinzu kommt für über 90 Prozent aller Studierenden ein Auslandsaufenthalt in eigener Verantwortung. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß die jährlich zuzulassenden 30 Studenten in ganztägigen Auswahlseminaren aus einer etwa fünfmal größeren Bewerberschar ausgefiltert werden, dann ist das von Schily gezeichnete Bild eine Eliteausgabe der Fachhochschule. Humboldt und Schily: Beide Konzepte taugen nicht für das Drittel eines Jahrgangs, das seinen Weg zum Beruf via Hochschulen sucht. 500 Studierende sind es in Witten-Herdecke – von der Sorte brauchte man also einige tausend Hochschulen. Und damit kann man dieses Schnittmuster an die Wand hängen. Es ist ohne Zweifel dekorativ, aber kein Abziehbild. Gangbare Wege aus der Bildungskrise – wie der Untertitel des Buches verspricht – sind das nicht.

(G. E.)

¹ Konrad Schily: Der staatlich bewirtschaftete Geist: Wege aus der Bildungskrise – Düsseldorf; Wien; New York; Moskau: ECON Verlag 1993

Die Erlebnisgesellschaft

Kultursoziologie der Gegenwart

Von G. Schulze, Campus, Frankfurt a. M., 2. Aufl. 1992, 765 S., DM 98,-

Erlebnisorientierung gewinnt nach Gerhard Schulze, Professor an der Universität Bamberg, in der gegenwärtigen Gesellschaft so zentrale Bedeutung, daß er sie als „Erlebnisgesellschaft“ interpretiert. Mit dieser Charakterisierung meint er ein graduelles Prädikat im historischen und interkulturellen Vergleich. „Das Leben schlechthin ist zum Erlebnisprojekt geworden“ (S. 13).

Trotz des Anstiegs des Lebensstandards seit den 50er Jahren nimmt die Schwierigkeit, ein sinnvolles Leben zu führen, zu. In den Vordergrund der Lebensbewältigung treten subjektive Lebensprobleme. Bei aller Vielfalt und Unübersichtlichkeit erkennt Schulze als gemeinsamen Nenner der pluralen Lebensauffassungen die Gestaltungsidee eines schönen, interessanten, subjektiv als lohnend empfundenen Lebens.

In der kultursoziologischen Morphologie der Bundesrepublik Deutschland, die auf empirischen Daten aufbaut, beschreibt er das erlebnisorientierte Alltagshandeln, den Erlebnismarkt und das Publikum, er beobachtet Erlebnisanbieter wie Erlebnismarktführer, die sich zu verschiedenen Szenen integrieren. Anstelle der zerfallenden Milieus wie dem Arbeitermilieu entdeckt er neue Milieus: Niveau-, Harmonie-, Integrations-, Selbstverwirklichungs- und Unterhaltungsmilieu. Der Student ist der Prototyp des Selbstverwirklichungsmilieus. Das Selbstverwirklichungsmilieu ist das Kernmilieu sozialer Bewegungen.

Schulze legt ein außerordentlich anregendes und weiterführendes kultursoziologisches Werk vor, das sich über die Fachbereiche des Sozialwissens hinaus zu lesen und zu diskutieren lohnt.

Hermanns

Physik

für Fachhochschulen und technische Berufe

Von F. Heywang u. a., Handwerk und Technik, Hamburg, 30. Aufl. 1992, 616 S., DM 69,60

Die neue Auflage des Lehrbuches wurde in den grundlegenden Abschnitten auf das unverzichtbare Minimum gekürzt und um aktuelle Gebiete der Physik erweitert, z.B. Halbleiterbauelemente, atomares Modell des Festkörpers, Wirkung radioaktiver Strahlung. Wie bisher fördern neben zahlreichen Abbildungen ca. 600 durchgerechnete Aufgaben das Verständnis. Das dabei bewußt relativ niedrig angesetzte mathematische Niveau wurde beibehalten, um auch weiterhin Lesern ohne Kenntnis der höheren Mathematik die grundlegende Bedeutung der Physik zu vermitteln. Die diesem Ziel entsprechende Darstellung physikalischer Gesetzmäßigkeiten sowohl durch Formeln (rot umrandet) als auch durch Merksätze (rot unterlegt) konnte jedoch in den neueren Abschnitten nicht konsequent durchgehalten werden. Das Buch ist besonders Berufsschülern technischer Berufe, aber auch Fachhochschulern mit Physik als Nebenfach zu empfehlen.

Rosenzweig

Einführung in das öffentliche Recht

Von E. Quambusch, Siebenberg-Verlag, Königswinter 1993, 152 S., DM 24,80

Der Autor wendet sich an Fachhochschulen, besonders an den Studiengang Sozialarbeit, und an Mitarbeiter der neuen ostdeutschen Verwaltungen, die gehalten sind, sich kurzfristig Grundkenntnisse im öffentlichen Recht anzueignen. In einer fallorientierten Darstellung werden die wichtigsten Inhalte des Allgemeinen Verwaltungsrechts und des verwaltungsbezogenen Verfassungsrechts vermittelt. Eine solche Grundorientierung entspricht der Interessenlage derjenigen, die sich erstmals mit dem öffentlichen Recht befassen.

Walden

Mitarbeiter motivieren und begeistern

Von J. Knust, Moderne Industrie, Landsberg/Lech 1992, Video, 50 Min., mit Begleitheft (21 S.), DM 248,-

Der gelungene Film zeigt in realistischen Spielszenen, erläuternden Kommentaren und eingeblendeten Texttafeln den Weg zu motivierten Mitarbeitern. Er läßt bis zur zusammenfassenden Wiederholung und Kommentierung viel Raum für sachbezogene Diskussionen. Leider ist der Schlußkommentar nicht immer eindeutig auf die wiederholten Szenenausschnitte bezogen. Wünschenswert wäre eine deutlichere Herausarbeitung des als Grundlage verwendeten Motivationsmodells. Golas

Coaching für Manager

Von W. Looss, Moderne Industrie, Landsberg/Lech, 2. Aufl. 1992, 213 S., DM 78,-

Das seit einigen Jahren immer drängender und bekannter werdende Thema wird hier von einem Kenner der Szene bearbeitet. Looss will keine Rezepturen und Checklisten liefern, sondern den Problemkontext „philosophisch“ angeben. Für ihn ist Coaching personenzentrierte Einzelberatung von Menschen in der Arbeitswelt – vornehmlich von Führungskräften – durch externe Spezialisten. Im Mittelpunkt steht der ganze Mensch, seine Entwicklung durch einen multidisziplinären Ansatz. Dies macht thematisch eine Abgrenzung und Beleuchtung von Organisations- und Personalentwicklungsarbeit erforderlich. Der Autor behandelt darüber hinaus: Formen, idealtypischen Ablauf, Qualifikations- und Honorarfragen, Vor- und Nachteile, Nutzen und Auswüchse des Coaching. Leider fehlt ein konkreter Fall, didaktisch-methodisch gesprochen: ein „Exemplum“ für die Lehrveranstaltung Personalwirtschaft. Golas

Soziologische Stichworte

Von R. Boudon und F. Bourricaud, Westdeutscher Verlag, Opladen 1992, 680 S., DM 76,-

Seit Jahren angekündigt – jetzt endlich preiswert verfügbar: das in Frankreich 1982 aufgelegte Handbuch grundlegender soziologischer Begriffe, Phänomene, Theorien und Autoren. In etwa 100 kritischen, vergleichenden und die Me-

Buchbesprechungen

thode herausstellenden Grundsatzartikeln, die die individualistische Tradition gegenüber holistischen bzw. geschichtsphilosophischen Positionen betonen, wird die Vielfalt der Probleme und Ansätze der Disziplin deutlich. Die Bestandsaufnahme, die „Grund“ schaffen will, fällt oft bissig aus; auf jeden Fall bereichert sie ihren Leser durch die „französische“ Sichtweise und mag sein Verlangen nach einem „Globus von Deutschland“ mindern. Golas

Grundlagen des Software Engineering

Von G. Pomberger und G. Blaschek, Hanser, München 1993, 337 S., DM 56,-

Dank der wachsenden Anforderungen an die Software-Produkte haben der Umfang und die Komplexität der resultierenden Programme so zugenommen, daß die Software-Entwicklung Teamarbeit geworden ist, bei der Entwicklungsmethoden und Entwicklungswerkzeuge eingesetzt werden, die modernen Managementmethoden vergleichbar sind. Trotz der Individualität eines jeden Programms, gibt es in der Entwicklungsmethodik gemeinsame grundlegende Prinzipien, die der Entwicklungsingenieur kennen muß. Dazu gehören auch Programmiertechniken in Form der objektorientierten Programmierung und Fragen der Dokumentation und der Wartung. Alle diese Dinge werden in dem Buch recht ausführlich behandelt. Es scheint mir ein gutes Lehrbuch des an sich recht trockenen Stoffs zu sein. Walden

Hochschule und Wissenschaftsrecht von A-Z

Von F. Bischoff, Beck, München 1993, 186 S., DM 12,90

Bei diesem Bändchen handelt es sich um ein empfehlenswertes Lexikon mit Stichwörtern aus dem Hochschulbereich, das Fakten und Zusammenhänge erklärt. Es dient wohl hauptsächlich dem Informationsbedürfnis derer, die nur am Rande mit Hochschule und Wissenschaft zu tun haben. Unter dem Stichwort „Fachhochschulen“ findet sich u. a. der Satz „Die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten ist insgesamt noch unbefriedigend“, woraus man ein über das Deskriptive hinausgehendes Engagement des Autors erkennen kann. Walden

Analyse nichtlinearer dynamischer Systeme der Elektrotechnik

Von E. S. Phillipow und W. G. Büntig, Hanser, München 1992, 265 S., DM 88,-

Die im Titel angekündigte Analyse wird mit mathematischen Methoden angestrebt und besteht in der Bestimmung von Fixpunkten, singulären Punkten, Grenzzyklen, Bifurkationen usw., teils analytisch, teils numerisch. Die dynamischen Systeme sind Differentialgleichungen 2. oder 3. Ordnung, die elektrotechnische Netzwerke beschreiben. Ausführlich wird die Analyse des parallelen und Reihenferroresonanzkreises durchgeführt (Kap. 6). Ein weiteres Thema des Buchs ist die Synthese eines vorgegebenen Verhaltens eines Netzwerks

(Kap. 7), d. h. die mathematische Modellbildung und Realisierung als Schaltung. Das Buch scheint mir für einen Leser nützlich, der sich auf diesem Gebiet mathematisch bereits auskennt. Für einen Anfänger dürften die einführenden Kapitel 1 bis 5 aufgrund eigenwilliger Bezeichnungen, langatmiger Herleitungen, unklarer Argumentationen und zahlreicher Druckfehler weniger zur Klärung des eigentlich nicht sonderlich komplizierten Sachverhalts, als eher zur Verwirrung beitragen. Als Lehrbuch erscheint es mir daher ungeeignet, als Dozent kann man durchaus Nutzen daraus ziehen. Walden

Report 33

Ethik 2

Hrsg. Lenkungsausschuß der Studienkommission für Hochschuldidaktik an den Fachhochschulen Baden-Württembergs, Leuturm-Verlag, Ansbach 1992, 150 S.

Das in Report 31 aufgenommene Thema der ethischen Verantwortung des Ingenieurs wird in diesem Heft fortgesetzt. Ermuntert durch die positive Resonanz, hat das 2. Ulmer Ethikseminar stattgefunden. Das Heft berichtet darüber. Es sei vermerkt, daß an allen Fachhochschulen Baden-Württembergs Ethikbeauftragte benannt werden, die das Bewußtsein der Verantwortung des Ingenieurs für die Auswirkungen seiner Tätigkeit fördern sollen. Walden

Umweltsicherung

Schriftenreihe der Fachhochschule Weihenstephan, Band 1, Weihenstephan 1991, 147 S.

Mit diesem Titel sei eine Publikationsreihe vorgestellt, in der wichtige Ergebnisse aus Lehre und angewandter Forschung der Fachhochschulen veröffentlicht werden sollen. Thematisch wird dabei der Schwerpunkt bei Land- und Forstwirtschaft, Ökologie und Umwelt liegen. Der erste Band ist den Weihenstephaner Tagen 1990 gewidmet, die unter dem Thema der Umweltsicherung standen. Walden

Industrie-Stoßdämpfer

Von H. D. Motz, Lehrfilm VHS, 25 Min., DM 230,-

Dieser Film ist ein Beispiel für die Möglichkeiten, audiovisuelle Medien in der Lehre einzusetzen. Er ist unter der Leitung des Autors am AVMZ der Uni-Gesamthochschule Wuppertal mit Unterstützung einschlägiger Firmen entstanden. Der Film ist anschaulich und informativ und zum Einsatz neben Vorlesungen gedacht. Diese Initiative sollte Schule machen, ist sie doch ein vorzügliches Mittel, den Praxisbezug der Fachhochschulausbildung nach außen deutlich zu machen. Walden

Technische Strömungslehre

Lehr- und Übungsbuch

Von L. Böswirth, Vieweg, Braunschweig 1993, 270 S., DM 44,-

Nachdem der Verfasser früher einen Laboratoriums-Lehrgang und eine Aufgabensammlung

zur Strömungslehre veröffentlicht hatte, legt er unter Verwendung von Teilen dieser Ausarbeitungen jetzt ein Lehrbuch vor, das insbesondere für das Grundstudium des Maschinenbaus an Fachhochschulen zugeschnitten ist. Der Inhalt beschränkt sich auf stationäre Strömung inkompressibler Fluide. Der gut verständliche Text wird durch 127 sorgfältig ausgeführte und aussagekräftige Bilder ergänzt. Wegen der zahlreichen durchgerechneten Beispiele und Übungsaufgaben mit Ergebnissen eignet sich das Buch auch zum Selbststudium und zur Prüfungsvorbereitung.

Einige Symbole sind nicht ganz glücklich gewählt, z. B. Wp für die Druckenergie. Das Kapitel „Begriff der Strömungsmaschine“ überschreitet den Rahmen des Buchtitels. Der Stoffumfang ist mit Ausnahme der sehr knapp behandelten Fluidstatik etwas größer als derjenige, der im Grundstudium bewältigt werden kann. Das Buch kann empfohlen werden. Fruböse

Fälle und Lösungen zur Kostenrechnung

Von K. Serfling, NWB, Herne, 4. Aufl. 1993, 312 S., DM 48,-

Die bewährte Fallsammlung wurde sowohl hinsichtlich der dargestellten Verfahren als auch in bezug auf die Sachverhalte der Beispiele auf neuesten Stand gebracht und erweitert. Das in DNH 1/86 erwähnte Konzept einer kritischen Durchbringung der Methoden ist dabei erfreulicherweise beibehalten worden. Rieke

Landschaftsraum und Siedlungsgestaltung

Von E. E. Korkisch, Schriftenreihe der FH Weihenstephan, Freising 1992, 173 S., DM 38,-

Der Autor hat Arbeitsergebnisse aus Seminaren zur Ortsentwicklung und Gestaltung in der Landschaft zusammengestellt und begründet. Darüber hinaus führt das Buch in fünf Kapiteln von der Frage der Standorte über Gestaltung, Bebauungsplan, Landesplanung und Siedlungsentwicklung zu heutigen Anschauungen. Der Schwerpunkt der skizzierten Arbeiten liegt im dörflichen Bereich und in der Einpassung in die topographischen Gegebenheiten und einer vorhandenen guten ländlichen Baukultur. Ein- und Zweifamilienreihenhäuser mit geringster Grundstücksgröße sollen den nachbarlichen Dorfcharakter wahren. Wohnungshochhäuser sind als unmenschlich abzulehnen, und freistehende Einfamilienhäuser beanspruchen zu viel Grundstücksgröße. Sie führen zur Zersiedlung der Landschaft. Übergeordnete Gesetze werden nur beiläufig erwähnt. Dagegen wird die historische Gartenstadtbewegung der letzten hundert Jahre, ausgehend u. a. von früheren Arbeitersiedlungen der Industrie, erläutert.

Überlegungen zu einer Änderung unseres Bodenrechtes werden angestellt. In der inzwischen gut angelaufenen Dorferneuerung müssen Landschaftsgestalter und Städtebauer eng zusammenarbeiten, geleitet von einem überörtlichen landesplanerischen Konzept. Ein ausführliches Literaturverzeichnis ist angegliedert. Das Buch ist empfehlenswert. Gercke

Huth sammelt Hüte



Die Josip-Jurai-Strossmayer-Universität in Osijek (Republik Kroatien) hat Professor Dr. Dr. h.c. Rupert Huth zu ihrem Ehrendoktor gemacht. Der Rektor der Universität, Professor Baban, Mitglied der ökonomischen Fakultät und früherer jugoslawischer Wirtschaftsminister, hielt die Laudatio, in der Huths Verdienste um die bilateralen Beziehungen zwischen der Fachhochschule Pforzheim - Hochschule für Gestaltung, Technik und Wirtschaft - und der Universität Osijek gewürdigt wurden. Es ist bereits der zweite Ehrendoktorhut, den der Pforzheimer Rektor und Vizepräsident der HRK in diesem Jahre nach Hause trägt (vgl. DNH 4/93).

Klinke ist erste Klasse



Professor Dr. rer. pol. Rolf Klinke, Dekan des Fachbereichs Textil- und Bekleidungstechnik in Mönchengladbach (FH Niederrhein), erhielt den Bundesverdienstorden erster Klasse. Klinke wurde diese hohe Auszeichnung im Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen überreicht – ein Zeichen, wie hoch die wirtschaftliche Bedeutung des von Klinke geleiteten Fachbereichs dort eingeschätzt wird. Der *hnb* Nordrhein-Westfalen freut sich über die Ehre ihres prominenten Mitglieds.

Was lange währt ...

Am 29. September fragte die Abgeordnete Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink (F.D.P.) im Deutschen Bundestag¹ nach dem Schicksal des Berichts über die dienst- und besoldungsrechtlichen Perspektiven des öffentlichen Dienstes. Die Bundesregierung hatte den Bundesminister des Innern mit Beschluß vom 7. Oktober 1992 dazu aufgefordert; der Bundestagsinnenausschuß hatte dies mit einer Entschließung bereits am 31. Oktober 1991 getan. Die Antwort: Der BMI will diesen Bericht „bis Ende Herbst“ vorlegen. „Im Mittelpunkt dieses Berichts wird den Prüfaufträgen entsprechend die Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes stehen. In diesem Zusammenhang werden auch die Eingangsbesoldung für Fachhochschulabsolventen und die Perspektiven der beruflichen Entwicklung von Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst, zugleich mit Blick auf die europäische Integration, behandelt werden.“

Die entsprechend der parlamentarischen Spielregeln in Frageform gefaßte Rüge, daß es lange gedauert habe, bis der Bericht fertig wird, bezeichnete der Staatssekretär als eine subjektive Wertung. „Er mußte mit der notwendigen Sorgfalt erstellt werden, und es mußten weitere Ressorts und Zuständigkeiten innerhalb der Bundesrepublik beachtet werden.“ DNH-Leser wissen, daß der BMI bis zum 29. 4. 93 noch nicht einmal zu einer ersten Ressortbesprechung eingeladen hatte.² Bundestag und Bundesregierung werden sich also glücklich schätzen dürfen, wenn der Bericht vor dem kalendarischen Ende des Herbstes, also vor Weihnachten, abgeliefert wird.

¹ Protokoll 12. Wahlperiode, 178. Sitzung, S. 15387

² Vgl. Kästchen in DNH 4/93, Seite 13, sowie „Zur Gleichwertigkeit von FH- und Universitätsabschlüssen“ (Heft 4/93, Seite 17 f.)

Dienstrechtliche Stellung von Hochschullehrern

Die Neuberufung von Hochschullehrern muß für eine strukturelle Reform genutzt werden, die eine Verbeamtung der Hochschullehrer auf Lebenszeit bei Erstberufungen nur als Ausnahme vorsieht.

Zur Stärkung von Wettbewerb und Leistungsfähigkeit in und zwischen den Hochschulen sowie zur Förderung der notwendigen Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung müssen die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten der Anstellung von Hochschullehrern außerhalb eines Beamtenverhältnisses stär-

ker als bisher in Anspruch genommen werden. Wir treten dafür ein, die aus demographischen Gründen in den nächsten Jahren in großem Umfang notwendige Neuberufung von Hochschullehrern für eine solche Personalreform zu nutzen.

(Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands „Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem“ – September 1993)

„Entbeamtung“ der Hochschullehrer

Die Prüfung der geltenden Regelungen zur Verbeamtung von Professoren und insbesondere die Vorschläge aus Kreisen der CDU, Professoren zukünftig vornehmlich befristet anzustellen, arbeiten mit der ehrenrührigen Hypothese, daß Hochschullehrer im Gegensatz zu allen anderen Beamten beruflich-existenzieller Leistungskontrollen bedürfen. Die deutschen Hochschullehrer verwahren sich gegen diese verdeckte Schuldzuweisung durch eine Politik, die die Hochschulen seit 20 Jahren der wachsenden Unterfinanzierung preisgegeben hat.

Der Deutsche Hochschulverband weist darauf hin, daß die Tätigkeit des Hochschullehrers eine hoheitliche Aufgabe ist, die der beamtenrechtlichen Einkleidung bedarf. Der Hochschulverband sieht mit Sorge, daß durch befristete oder einseitig auflösbare Beamten- oder Angestelltenverhältnisse die persönliche Unabhängigkeit des Hochschullehrers in Gefahr gerät. Wie das amerikanische Hochschulsystem zeigt, droht eine weitere Politisierung der Wissenschaft und in seiner deutschen Ausformung der Zugriff der Parteien auf die Wissenschaft. Der Deutsche Hochschulverband sieht im übrigen mit tiefer Besorgnis, daß bereits heute aus demographischen Gründen eine Vielzahl von Professuren nicht adäquat zu besetzen ist. In Zeiten einer derartigen Mangelsituation den Versuch zu unternehmen, die Einstellungsbedingungen zu verschlechtern, ist auch für die immer wieder eingeforderte Qualität der Lehre kontraproduktiv. Dies ist im übrigen ein weiterer Schritt, die Attraktivität des Hochschullehrerberufes zu senken ...

(„Mut zur Wahrheit“, Eckwertepapier des Deutschen Hochschulverbandes vom 7. 09. 1993, These 10 – leicht gekürzt)

Berufsakademien

Schleswig-Holstein: Referentenentwurf eines Berufsakademiegesetzes

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins will den Status der Berufsakademien verbessern, indem sie nicht mehr nach den

Bestimmungen des Schulgesetzes genehmigt und bezuschußt werden, sondern zu Einrichtungen nichtstaatlicher Träger des tertiären Bildungsbereiches neben den Hochschulen werden. Das Land will aber zugleich sparen, indem Landesmittel für die Errichtung und den Betrieb von Berufsakademien nicht gewährt werden. Lediglich für den Betrieb der bereits vorhandenen Berufsakademien will das Land bei Bedarf auch weiterhin zuschießen.

Die Absolventen sollen nach bestandener Abschlußprüfung die „Berufsbezeichnung“ Betriebswirt(in), Wirtschaftsingenieur(in) oder Wirtschaftsinformatiker(in) (Berufsakademie) – abgekürzt (BA) führen. Aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen könne der Entwurf – so heißt es in der Begründung – nicht regeln, daß der Ausbildungsabschluß an einer Berufsakademie zur Führung eines Diploms berechtigt. „Die internationale Anerkennung des Fachhochschuldiploms würde wieder gefährdet werden, wenn für einen Abschluß außerhalb des Hochschulbereichs ein nahezu gleichlautender Grad verliehen würde. Das gilt umso mehr, als die Studienanforderungen der Berufsakademie geringer als die der Fachhochschulen sind.“ Und: „Nach § 18 Hochschulrahmengesetz können nur Hochschulen das Diplom verleihen. Da die Berufsakademie, auch wenn sie durch dieses Gesetz dem tertiären Bereich zugeordnet wird, keine Hochschule ist, kann ein Landesgesetz sie nicht berechtigen, Diplomgrade zu verleihen.“

Gleichwohl können die Absolvent(innen) in einer erleichterten Weise das Fachhochschuldiplom erwerben. Die Fachhochschulen des Landes Schleswig-Holstein sind im Januar 1993 übereingekommen, alle Abschlüsse der Berufsakademie als Vordiplom anzuerkennen. Die zusätzlich an der Fachhochschule zu absolvierende Mindeststudiendauer wird durch das Ergebnis einer Einstufungsprüfung ermittelt.

h/b-Bundesvereinigung und h/b-Landesverband Schleswig-Holstein wurden zur Stellungnahme aufgefordert.

Bund fördert FuE an Fachhochschulen

Antragsrunde 1994 eingeläutet

Auch 1994 fördert das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen. Im kommenden Jahr sind 4,5 Millionen DM im Haushalt des Ministeriums veranschlagt. Antragsberechtigt sind Professorinnen und Professoren der Fachhochschulen und auch

der Gesamthochschulen, soweit es sich um Fachhochschulstudiengänge handelt. In jedem Fall muß die Hochschule in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) aufgenommen sein.

Im Rahmen des Programms sollen Projekte gefördert und zugleich die Voraussetzungen für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung – vor allem an den Fachhochschulen in den neuen Ländern – geschaffen bzw. verbessert werden durch

- Sach- und Personalmittel für die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung,
- Mittel für die Vorbereitung von Projekten, für die Drittmittel eingeworben werden sollen (sog. Vorlaufkosten),
- Mittel für grenzüberschreitende Projekte des Wissens- und Personaltransfers,
- Mittel für die Freistellung von Professorinnen und Professoren, die an FuE-Projekten arbeiten.

Eine Förderung ist für die Zeit ab 1.7. 1994 bis längstens Ende 1995 möglich. Anschlußfinanzierungen aus diesem Programm sind ausgeschlossen.

In den Förderrunden 1992 und 1993 konnten rund 100 Projekte mit insgesamt 9 Mio. DM gefördert werden.¹ Anträge für 1994 müssen dem BMBW bis zum 1. März 1994 vorliegen, sie sind in dreifacher Ausfertigung über die Hochschulleitung an das zuständige Landes-Wissenschaftsministerium zu richten – mit der Bitte um Befürwortung und Weiterleitung an das BMBW.

Weitere Informationen und Antragsunterlagen liegen den Hochschulleitungen, auf jeden Fall aber den Landes-Wissenschaftsministerien bzw. Senatsverwaltungen vor und können von dort angefordert werden. (Auch die h/b-Geschäftsstelle in Bonn ist anzahlbar.)

(Quelle: BMBW, Referat IV A 6)

¹ Vgl. Ulrich Schmidt, Der Bund fördert Forschung, in DNH 1/1993, S. 13 f.

Symposium FuE in Dortmund

zur Einrichtung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben am 21. 1. 1994

Der Hochschullehrerbund NRW lädt zu einem Symposium, das Kolleginnen und Kollegen praktische Hilfen zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben geben will. Das Programm umfaßt sieben Vorträge zu den Themen

- Forschung als Dienstaufgabe der FH-Professor(innen)
- Förderung von Forschungsvorhaben und Errichtung von Forschungsvorhaben mit Landesmitteln

- Einwerbung von Drittmitteln
- Die Errichtung und Genehmigung eines „An“-Instituts
- Angebote und praktische Hilfen der Hochschul-Forschungstransferstelle beim Aufbau eines Forschungsvorhabens
- Nutzungs- und Verwertungsrechte im Bereich eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens

Nordrhein-Westfalen hat sehr frühzeitig (seit Anfang 1980) gesetzliche Voraussetzungen für Forschung und Entwicklung als Aufgabe der Fachhochschulen und ihrer Professor(innen) geschaffen.

Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen des Landes sind aber keine Selbstläufer; vielerlei Probleme und Hindernisse sind zu überwinden, bevor ein solches Vorhaben in warmen Tüchern ist. Das Symposium will *know how* vermitteln. Für Professor(innen) aus anderen Bundesländern eröffnet das Symposium die Möglichkeit, Vergleiche zu ziehen und die in NRW gemachten Erfahrungen auf die Situation in ihrem Bundesland zu übertragen.

Das Symposium findet statt am 21. Januar 1994 von 9.00 bis etwa 20.00 Uhr in der Kommende, Brackeler Hellweg 144, Dortmund. Die Tagungsgebühr beträgt DM 110,- für h/b-Mitglieder, DM 150,- für Nichtmitglieder. Schriftliche Anmeldungen an h/b NRW, Sonnenstr. 96, 44047 Dortmund, Telefon (0231) 134491 (Mo und Do 9–12 Uhr) oder über die Bundesgeschäftsstelle (siehe Impressum).

h/b Hessen

Fachhochschulkongreß mit Evelies Mayer und den Fraktionsprechern/Fraktionsprecherinnen

Am 8. Dezember hatte der h/b Hessen (Vorsitzender Professor Dr. Willi Groß) zu Gast die Hessische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Professorin Dr. Evelies Mayer, und die wissenschaftspolitischen Fraktionsprecherinnen der SPD (Professorin Anita Breithaupt) und der FDP (Ruth Wagner) sowie den Sprecher der CDU-Fraktion (Professor Dr. Bernd Hamer). Die Ministerin referierte über die Personalpolitik ihres Hauses und die Perspektiven der Fachhochschulen in Hessen. Das Podium diskutierte die Zukunft der hessischen Fachhochschulen auch mit Blick auf die übrigen Bundesländer und die europäischen Nachbarn und insbesondere ihre Rahmenbedingungen für Lehre, Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung. Ein ausführlicher Bericht ist für Heft 1/94 vorgesehen.



EUROMEX MIKROSKOPE
Die meistgekauften Schul-
mikroskope in Deutschland

- Beste Qualität und relativ preiswert.
- 20 Jahre Garantie
- Ersatzteile zu jeder Zeit lieferbar
- Wartung und Reparatur in einer "Deutschen Werkstatt"
- Lieferung nur über den einschlägigen Fachhandel

EUROMEX MIKROSKOPE
UND STEREO-MIKROSKOPE

HAUPTNIEDERLASSUNG:

EUROMEX MIKROSKOPE B.V.
 Papenkamp 20, Postfach 736
 NL 6800 AS ARNHEM -Holland
 Tel. 0031 85 234124
 Fax 0031 85 232833

NIEDERLASSUNG
DÜSSELDORF:

EUROMEX MIKROSKOPE
 Postfach 1 236, 40832 RATINGEN
 Tel. 02102 870487

EUROMEX-FARBVIDEO-
CCD-KAMERA
Modell VC-3010



Diese lichtstarke Kamera -
 3 LUX bei F=1.4 - besitzt eine
 horizontale Auflösung von 350 Linien.
 Preis DM 1.550,- zzgl. MwSt.

EUROMEX-
FORSCHUNGSMIKROSKOP
Modell MIC 1040

komplett, einschl. Farbvideo-Kamera
 VC-3010, (ohne Monitor).
 Preis DM 4.395,- zzgl. MwSt.

EUROMEX-MIKROSKOP CSL
 mit Objektiven 4x, 10x, S40x in zwei
 Ausführungen lieferbar:

MIC 805 mit Okularen H6x, H10x und
 WF16x. DM 440,- zzgl. MwSt.

MIC 805-81 mit WF10x Okular
 mit festem Zeiger
 DM 395,- zzgl. MwSt.



*Jährlich werden
 etwa 5.000
 CSL-Mikroskope
 nach Deutschland
 geliefert!*

BITTE FORDERN SIE UNSEREN
 FARBKATALOG UND PREISLISTE AN.

Betriebstechnik

Druckluftverteilung
in der
Praxis

von Feldmann, Mohrig, Stapel,
 1985, DIN A 5, 180 Seiten
 58 Bilder, DM 22,-

Die Autoren schreiben aus der Praxis für die Praxis. In dem Buch werden alle wichtigen Fragen, die für die Planung, den Betrieb und die Wartung derartiger Anlagen auftauchen, ausführlich dargestellt. Die übersichtliche Gliederung, die zahlreichen Bilder und der leicht verständliche Text ermöglichen es dem Praktiker, sich sehr schnell zurechtzufinden.

Die Verluste, die durch unsachgemäße Verlegung, Wartung und Instandhaltung bei Druckluftnetzen entstehen können, sind erheblich. Deshalb ist dieses Buch für jeden Praktiker aber auch für den Planer derartiger Anlagen unbedingt erforderlich.

Aus dem Inhalt:

- Konsequenzen einer unsachgemäßen Druckluftverteilung
- Physikalische Grundlagen
- Begriffe und Definitionen
- Planung eines Leitungsnetzes
- Art der Verlegung
- Ausrüstungen im Leitungsnetz
- Ausschreibung von Rohrleitungsnetzen
- Druckluftbehälter
- Branchenbezogene Netzcharakteristiken
- Kostenalternative Leitungsnetze
- Das Netz im Betrieb

Druckluft-
verteilung



Bestellcoupon

Ja, ich bestelle _____ Exemplar(e), Druckluftverteilung in der Praxis zum Preis von DM 22,-

Name _____ Firma _____
 Str., Postf. _____ PLZ, Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Feldmann · Mohrig · Stapel

Resch-Media Mail
Verlag GmbH

Postfach 12 60
 82154 Gräfelfing
 Telefon 0 89 / 8 58 07-0
 Telefax 0 89 / 8 58 07-63

„Ich sei,
gewährt
mir die Bitte,
in eurem
Bunde der
Dritte.“
Pardon – der
zwölfte!

Zitieren – aber richtig! Mit
ausführlichen Erklärungen zu
Herkunft und Verwendung
von Zitaten und Aussprüchen.

Vom „Klassiker“ bis zum
modernen Zitat, Band 12
der Reihe DUDEN sagt Ihnen,
was Sie wissen sollten.

DUDEN

Zitate und Aussprüche

Herkunft und
aktueller Gebrauch

Von der klassischen
Antike bis zur modernen
Werbesprache, von
der Bibel bis zum Fernseh-
film. Mit einer nach
Themen geordneten Samm-
lung von Aussprüchen,
Bonmots, Sentenzen und
Aphorismen.

12

DUDEN – Zitate und Aussprüche
Herkunft und aktueller Gebrauch.
832 Seiten. Gebunden 34,- DM;
265,- öS; 35,- sFr.

DUDEN. Man kann ja nicht alles wissen.